

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,00 M.,
 wöchentlich 28 Pf. incl. ins Post-
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 17. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Bemerkungen zum Militär-Etat.

Man schreibt uns:
 Der Reichstag wird sich in Kürze mit dem Militär-Etat beschäftigen, da scheint es an der Zeit, einige der Erörterung gewöhnliche Dinge, die dem militärischen Laien nicht so leicht ins Auge fallen, zu berühren.

Zunächst wenden wir uns der offenbar mit großem Eifer betriebenen Bewaffnung der Infanterie mit Maschinengewehren zu. Diese sollen sich auf den letzten Märschern allerdings „vorzüglich bewährt“ haben, aber dies will sehr wenig sagen. Denn beim Blindladen fällt der Rückstoß, die Strapazierung des Laufs, die Erregung der Bedienungs-mannschaft weg und damit wird die ganze Prüfung zum reinen Schaustück. Ginge es um die Beurteilung, die die Maschinengewehre in einer gewöhnlichen einwandfreien Quelle, nämlich in dem jetzigen „Leitfaden für den Unterricht in der Waffenlehre auf den königlich preussischen Kriegsschulen“, erfahren. Hier heißt es Seite 40:

„Die Verwendung der Maschinengewehre ist vorläufig noch sehr beschränkt, weil ihr Mechanismus, aus vielen einzelnen Teilen bestehend, sehr empfindlich gegen störende Einflüsse ist, so daß plötzliches Versagen gerade in entscheidenden Gesichtsmomenten nicht ausgeschlossen ist.“

Zweifellos wäre es sehr unangebracht, für eine derartig unzuverlässige Waffe Hunderttausende, ja vielleicht Millionen auszugeben. Man möge also die bekannte Ungeheuer des Rickard-Kurses, die sich hier offenbar wieder auf etwas ganz Unfertiges stützen will, zügeln und sie auf die Zeit verweisen, wo auch das Problem der Maschinengewehre genügend gelöst sein wird.

Ein ernstes Wort wäre auch wegen der allmählichen Neubewaffnung mit dem Gewehr 98 am Platz, das successive als Ersatz für das Gewehr 88 abgegeben werden soll. Die Militärverwaltung macht sich die Sache sehr leicht, indem sie behauptet, die Neubewaffnung fordere keine Mehrausgaben, und daher sei sie dem Reichstage entrückt. Unter dem Kapitel Waffenwesen wird sie allerdings nicht bemerkt, gewiß aber in den Kapiteln Geld- und Naturalversorgung der Truppen, denn die Einführung eines neuen Gewehrs zieht stets zahlreichere Einberufungen an Unteroffiziere und Mannschaften der Reserve und Landwehr behufs Information mit der neuen Waffe nach sich. Diese Einberufungen greifen außerdem auch noch störend in das Erwerbssleben der davon Betroffenen ein. Gerade mit Rücksicht auf die sehr unangenehmen Wirkungen, die das Wiederheranziehen zum Dienst für die Angehörigen des Wehrdienstes nur zu oft hat, sollte eine Neubewaffnung nur dann in Aussicht genommen werden, wenn sie unbedingt nötig ist. Dies kann aber im vorliegenden Fall nicht zutreffen, denn sonst würde die Neubewaffnung rascher geschehen und ferner würde die bährische Militärverwaltung, die doch auch etwas von der Kriegskunst versteht, nicht so widersprechend und zögernd an die Einführung der neuen Gewehre gehen. Trügen nicht alle Anzeichen, so hält man in Bayern von dem Gewehr 98 nicht besonders viel.

Ebenso wie der Reichstag auf das Gebiet des Waffenwesens ein scharfes Auge haben sollte, wäre ihm auch eine strenge Kontrolle der Ausgaben für die Festungen zu empfehlen. Es ist nämlich gewiß, daß das dermalige Festungssystem (eine mit Forts umgebene Stadt) in nicht allzuferner Zeit unhaltbar werden wird. Der Grund hierfür liegt in der sich stets steigenden Tragweite der Geschütze. Da nämlich die Forts die Bestimmung haben, den Gegner so weit vom Centrum der Festung abzuhalten, daß er es nicht mehr beschließen kann und da weiter, wie bemerkt, die Tragweite der Geschütze im Laufe der Zeit zunimmt, so müssen die Forts immer mehr hinausgeschoben werden. Wir weisen hier auf die Vergrößerung der Westseite von Metz hin. Vor zehn Jahren betrug die Entfernung des westlichsten Forts von der Stadtumwallung in der Luftlinie 4200 Meter, nunmehr sind die westlichsten Vorwerke auf 9-10 Kilometer vorgeückt. Dieses Hinausschieben der Forts hat aber den großen Nachteil, daß dadurch der Umkreis der Festung größer und infolgedessen eine zahlreichere Kriegsbefestigung nötig wird.

Und hierdurch werden zur reinen Verteidigung der Festungen ganze Armeen festgelegt, die dem Feldherrn, wo sie von größerem Nutzen wären, entzogen werden. Namentlich Grenzfestungen, die sofort der vollen Kriegsbefestigung bedürfen, machen sich sehr empfindlich bemerkbar. Wenn ein Abgeordneter den Kriegsminister in der Kommission vertraulich fragen würde, wie viele Truppen die Festungen Metz, Straßburg und Diedenhofen der Feldarmee entziehen, bekäme er gewiß sehr hohe Zahlen zu hören.

Nun ist aber die Waffentechnik, vor allem jene der Geschütze noch lange nicht am Ende ihres Latens. Und daher muß mit einer noch größeren Tragweite der Geschütze und damit mit einem weiteren Hinausschieben der Forts gerechnet werden. Infolgedessen würden die Festungen allmählich solche Umkreise bekommen, daß jede von ihnen mehr als 100 000 Mann Verteidigungsmannschaften fordern würde. Dadurch würde aber die Feldarmee derartig geschwächt, daß man auf die Festungen wohl oder bel wird verzichten müssen. Außer-

dem steigt mit der Tragweite der Geschütze auch ihre Durchschlagskraft, wie mit dem Fortschreiten der Chemie sich auch die Sprengwirkung der Geschütze erhöht, so daß die Aufrechterhaltung der Festungen immer kostspieliger und schwieriger wird.

So werden wohl im Laufe der Zeit die heutigen Festungen allmählich aussterben. An ihre Stelle werden vielleicht einzelne selbständige Forts treten, die an den Landesgrenzen die Bahnen beherrschen und daher dem Gegner, der bei den jetzigen Heeresziffern seinen Nachschub an Proviant und Munition nur mehr mit der Eisenbahn bewältigen kann, den Vormarsch verwehren. Wenn aber die dermaligen Festungen in absehbarer Zeit unhaltbar werden müssen, wäre es am Ende besser, nicht mehr so viele Millionen in sie hineinzustecken. Auf jeden Fall wäre hier eine ernste Aussprache mit dem Kriegsminister am Platz.

Ferner möchten wir auf die horrenden Marschleistungen aufmerksam machen, die namentlich während der Kaisermandöver von den Fußtruppen gefordert werden. Es giebt hierüber unansehnliche Berichte, nämlich jene, die das „Militär-Wochenblatt“ in seinen Beilagen bringt. Da die einschlägigen Befehle, Karten und Terrainbeschreibungen wiedergegeben sind, kann nichts weggekugnet werden. Wir haben im „Vorwärts“ (Nr. 216, Beilage 4, 1900) zum Beispiel die Marschleistungen, die während des Kaisermandövers 1899 gestellt wurden, besprochen und begnügen uns damit, auf den betreffenden Aufsatz zu verweisen. Wer sich noch eingehender unterrichten will, dem empfehlen wir die Lektüre des 4. Beilages des „Militär-Wochenblatts“ 1900 und des 3. Beilages 1899. (Berlin, Mittler u. Sohn.) Marschleistungen von 35-40 Kilometern sind hier an der Tagesordnung, die Divisionen haben schon um 5 Uhr morgens marschbereit auf der Straße zu stehen, so daß die Mannschaften durchschnittlich um 3 Uhr morgens aufstehen müssen, nachdem sie am Tage vorher erst gegen den Abend zur Ruhe gekommen waren. In solchen gewagten Parforcerouten sind aber unsere Mannschaften, deren Hauptzweck nicht in, sondern außerhalb der Kaserne liegt und von denen gar nicht wenige die Stützen armer Eltern sind, doch nicht da.

Zum Schluß wollen wir auch noch die Offizierspensionierungen in Erinnerung bringen. Im Jahre 1900 wurden in der deutschen Armee nicht weniger als 644 Offiziere (Bezirkskommandeure, Bezirksoffiziere nicht mitgerechnet) pensioniert. Auf Preußen, wo sich die Verabschiedungen gegen das Vorjahr um 123 vermehrten, treffen allein 516. Wir glauben, daß die Dinge doch nicht länger so weitergehen können. Es ist ja geradezu himmelschreiend, wenn einerseits den Invaliden die so wünschenswerte Aufbesserung aus Mangel an Mitteln verweigert, andererseits der Pensionsfonds durch Massenpensionierungen, von deren Notwendigkeit nur die wenigsten Leute überzeugt sind, mit Millionen belastet wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Januar.

Der Reichstag

übertwies am Mittwoch den socialdemokratischen Antrag zur Reform der Gewerbegerichte und den Antrag Trimborn einstimmig an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Die Resolution Ghe-Wassermann wurde gegen die Stimmen der Freikonservativen und einiger Mitglieder der Rechten sofort angenommen. Herr Ghe trat sehr lebhaft für den in seiner Resolution niedergelegten Gedanken ein, die Gewerbegerichte zu Einigungsämtern auszubauen, in denen die Arbeiter eine berechtigte Vertretung zu Verhandlungen mit den Unternehmern und der Regierung sehen. Er scheint hieron Wunderdinge für die Erhaltung des sozialen Friedens zu erwarten und hofft gleichzeitig damit unser Verhältniß der Klassen gegenüber, die die bürgerliche Gesellschaft spaltet, ein paroli gebieten zu können. Die beiden nationalliberalen Redner, die heute sprachen, Herr Beck und Herr Münch-Ferber bekämpften unsere Vorschläge als viel zu weit gehend. Die Trimbornsche Reform der Gewerbegerichte genügt ihnen und von der darin verlangten Aufstellung einer amtlichen Wählerliste versprechen sie sich merkwürdigerweise eine Verringerung unfres Einflusses auf die Wahlen zum Gewerbegericht. Aus demselben Grunde ist ihnen auch das proportionale Wahlsystem für diese Wahl sehr erwünscht. Herr Beck erklärte, er sei nicht ein grundsätzlicher Gegner der Verleihung des Wahlrechts an die Frauen, aber spruchreif ist die Sache immer noch nicht. Den Konservativen, für die Herr Dr. Dertel sprach, ist an unserm Antrage besonders die Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf die Landarbeiter und das Dienstpersonal fatal. Herr Dr. Dertel wandte sich gegen diesen letzteren Vorschlag mit Witten über die Küchendragoner, die er aus den stehenden Blättern bezogen hatte. Sie sind ihm eingestandenemachen die Quelle seiner Kenntnis über die Dienstboten. Zubeil und Rosenow, die für unsere Partei sprachen, erwiderten ihm das notwendige und verteidigten unsere Vorschläge nach allen Seiten. Während Rosenow hauptsächlich die Einziehung kaufmännischer Schiedsgerichte und ihren Anschluß an die Gewerbegerichte empfahl, behandelte Zubeil den Gesamteinhalt unfres Gesetzentwurfs. Er wies die Unzulänglichkeit der Trimbornschen

Vorschläge nach, der unter andern den Verhandlungszwang vor den Gewerbegerichten dadurch erreichen will, daß er dem Vorsitzenden das Recht giebt, eine Strafe bis zu 100 M. für das Nichterscheinen zu verhängen. Natürlich ist diese Strafe viel zu gering. Auch der wildliberale Rösicke gehört zu denen, die gegen unfre Anträge den unberechtigten Vorwurf erhoben, sie schöffen vielfach über das Ziel hinaus. Als unbedingter Gegner der Gewerbegerichte trat Herr v. Kardorff in die Schranken. Ihm sind deshalb auch alle Reformvorschläge verhasst, hinter denen er, auch wenn sie von bürgerlicher Seite kommen, die socialdemokratische Anregung wittert. Dabei lobte er seinen Freund Herrn v. Stumm über den grünen Alee. Da Herr v. Stumm von keiner Seite sonst gelobt oder auch nur erwähnt wird, muß es Herr v. Kardorff schon allein besorgen. In prächtiger Hyperbel verglich er unfre socialen Reformen mit einem in rasender Fahrt befindlichen Eisenbahnzuge, der schließlich entgleisen und alles vernichten würde. Rosenow erwiderte ihm sehr nett darauf: unfre socialen Reformen gleichen vielmehr einer alten Postkutsche, die an sehr vielen Stationen Halt machte und jeden Augenblick reparaturbedürftig sei.

Donnerstag um 2 Uhr wird die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Das Abgeordnetenhaus

hat am Mittwoch den Etat der Budgetkommission überwiesen. Die Debatte trug in der Hauptsache den Charakter einer Polendebatte in schärfster Tonart. Auf die Vorschläge der polnischen Abgeordneten Dr. Nizer ski und Dr. v. Rajdzewski erwiderten die Minister Siudi und Freiherr v. Rheinbaben, unterstützt von dem unvermeidlichen Abgeordneten Dr. Sattler (nail.) in einer Weise, daß man wirklich glauben könnte, der ganze preussische Staat schwebte in Gefahr, von den drei Millionen Polen unterdrückt zu werden. Weil einige polnische Blätter teils übertrieben, teils aber auch ganz zutreffende Äußerungen über Preußen gebracht haben, weil die polnischen Eltern ihren Kindern Religionsunterricht in ihrer Muttersprache erteilen lassen wollen, weil einige Redner in Volksversammlungen energisch gegen die Unterjochung der polnischen Nation protestiert haben, soll das Deutschtum verloren und Preußen zu Grunde gerichtet werden! Aber Heil den Deutschen! Ein Redner ist ihnen entstanden in der Person des mutigen Polizeiministers, der im Verein mit Dr. Sattler den Staat vor dem Polentum retten und den Polen klar machen wird, daß sie Deutsche sind und Deutsche bleiben sollen, so lange der preussische Adler noch seine Schwinge regiert. Wenn es nur Herr v. Rheinbaben so lange auf seinem Ministerstuhl aushält!

Eine Rede von allgemeiner Bedeutung hielt nur Abg. Schmieding (nail.), der als Vertreter der Sammelpolitik gleichzeitig für höhere Böle und für den Kanal eintrat und der Regierung empfahl, im Fall der Ablehnung der Kanalvorlage das Abgeordnetenhaus aufzulösen.

Am Donnerstag steht die Interpellation betr. das Offenbacher Eisenbahnunglück und der freimüthige Antrag betr. anderweitige Abgrenzung der Landtags-Wahlkreise auf der Tagesordnung.

Deutsches Reich.

Das preussische Hofest.

Die Offizien empfinden selbst, daß die hiesig-dynastischen Festlichkeiten der Zweihundertjahrfeier des preussischen Königstums alles andre als ein Volksfest bedeuten und daß allzu buntes Festgespränge nur um so eifriger die Kritik heraufzuredern würde, der in der Gründungsgechichte des preussischen Königstums unendlich reicher Stoff sich darbietet. Der Artikel der Nordd. Allg. Zig., der das Fest einleiten soll, ist denn auch auf einen gar entgegengesetzten Ton gestimmt. Allenfalls wird gegen die Vermählungen der socialdemokratischen Partei geifert, die den historischen Sinn der Bevölkerung verwirren und die Festesfreude stören wolle, welche eiserne Polemik nur die bänglichen Empfindungen der Offizien erweist. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erzählt aber selbst, wie das Fest zu Stande gebracht wurde:

„Von den zuständigen Centralbehörden sind, wie in der Presse bereits mitgeteilt wurde, Anregungen ausgegangen und Bestimmungen darüber getroffen, daß des wichtigen historischen Tags in den Kirchen gedacht und in den Schulen in besondern Festhalten auf seine Bedeutung für den preussischen Staat hingewiesen werde. Auch eine Beleuchtung der öffentlichen Gebäude ist unter den üblichen Voraussetzungen vorgesehen, und es ist selbstverständlich, daß auch zahlreiche Private durch die Beleuchtung ihrer Wohnhäuser der Festimmung des Gedenktags Ausdruck verleihen werden. Die Studierenden unfser Hochschulen, zahlreiche Vereine und Korporationen werden sich zu Feiern zusammenfinden oder haben solche bereits in den letzten Tagen veranstaltet, das Parlament, die Bureaus der Post, die der staatlichen und zumeist auch städtischen Behörden werden den Tag als Festtag behandeln.“

Behördlich beschlossene Begeisterung!
 Ein Antrag wie jeder andre würde diese Zweihundertjahrfeier sein, wenn man sie der Zeitvolligkeit der Staatsbürger hätte überlassen wollen! —

Ein neuer Klängel.

Was sich Eingeweihte längst zuraunen, wird durch einen Auffag der „Morgenpost“ zur öffentlichen Kunde: die Pommerische Hypothek-

aus Johannesburg ein Gefecht mit Boeren bei Goltfontein nördlich von Springs. Fünf Boeren wurden getötet, darunter Kommandant van den Heeren, mehrere verwundet. Die Engländer hatten keine Verluste.

Von beobachtet in England bei der Veröffentlichung der Kriegsnachrichten augenscheinlich die Taktik, einem Boerenerfolg stets einen englischen Erfolg gegenüber zu stellen.

Abschneider als Boerenbekämpfer?

Aus Marzelle berichtet das Herald-Bureau vom 16. Januar: Die hier eingetroffene abschneiderische Post berichtet, daß die Engländer zahlreiche Abschneider als Soldaten angeworben haben, um sie nach Südafrika zu schicken. Der Regus Drenell traf zu spät an der Küste ein, um die Abfahrt seiner Unterthanen verhindern zu können.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 16. Januar, 11 Uhr.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Schmieding (nall.)

wendet sich gegen die Beschlüsse des Abg. v. Jagdzewski und weist dann die Angriffe des Abg. Dr. Hahn auf die westliche Industrie zurück. Diese hat nur aus Arbeitsmangel die polnischen Arbeiter nach dem Westen geholt. Die Arbeiter fehlten und eine stärkere Arbeitsförderung war wegen der Kohlennot dringend geboten. Die Bergwerke wollten gerade die Kohlennot verhindern. Von den in Westfalen ansässigen Polen muß man freilich verlangen, daß sie deutsch lernen und ihre Versammlungen in deutscher Sprache abhalten. Das ist schon wegen der polizeilichen Überwachung nötig. Redner wird hier auf der Tribüne unverständlich, da er ganz leise spricht. Er geht später auf die Kanalvorlage ein, spricht die Hoffnung auf Annahme aus, fürchtet aber, daß sie zur Verstimmung der Parteien beitragen wird. Vom Grafen Willow hofft er, daß er die Politik der preussischen Regierung einheitlich zu gestalten wissen werde. (Beifall.)

Abg. v. Arnim (l.):

Die Kanalvorlage werden wir wie im vorigen Jahre mit der größten Objektivität prüfen. Wie das schließliche Ergebnis sein wird, weiß niemand in diesem Hause, auch nicht der Abg. Richter. Einen grundsätzlichen ablehnenden Standpunkt haben wir nie angenommen. Die diesmalige Vorlage ist auch besser. Die bisher befolgte sparsame Finanzpolitik wollen wir weiterführen. Vorsicht ist am Platze, weil wir bei einer Reihe von Etats nicht mit dauernden Mehreinnahmen zu rechnen haben. Die Domänen werden noch mehrere Jahre Mindereinnahmen ergeben. Gegen die zunehmende Verschuldung der Provinzen, Kreise und Gemeinden muß endlich etwas getan werden. Für die Landwirtschaft müssen mehr Mittel zu Gebote stehen. Um Schien fehlt noch immer jede landwirtschaftliche Hochschule. Zum Schluß fordert Redner die Vorlegung eines Schuldotations-Gesetzes. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wizeriski (Pole):

In Westfalen sind jetzt 200000 Polen, da lohnt es sich schon, noch einige polnische Beamte einzustellen. Wir sind gegen die Methode, wie man die dortigen Polen zum Deutschlernen zwingen will. Den Religionsunterricht sollte man doch nur in der Muttersprache erteilen. Herr v. Arnim hat uns gestern vorgeredet, was der preussische Staat alles für die Polen getan hat. Das Geld für diese Wohlthaten haben aber die Polen selbst aufgebracht. Was nützt den Polen die Kultur, wenn Sie die Herzen der polnischen Kinder verdrängen lassen, indem Sie ihnen Unterricht, der auf Herz und Gemüt wirken soll, in einer ihnen fremden Sprache erteilen lassen. Warum sieht die Regierung das Unhaltbare dieser Zustände nicht ein? (Beifall bei den Polen.)

Auktionsminister Dr. Studt:

Wir müssen auf eine Verständigung mit den Polen über die Schul- und Sprachenfrage verzichten, denn sie ist unmöglich. Wir scheuten nicht davor zurück, wo es die Staatsraison erfordert, auch energisch einzugreifen. Wir müssen es, denn die Verhältnisse sind durch die großpolnische Agitation so schwierig für die Deutschen geworden.

Minister des Innern Herr von Rheinbaben:

Herr Wizeriski beklagt sich über die Germanisierung der polnischen Namen. Welcher Charakter liegt denn zu Grunde? Die Polen haben lange Namenslisten aufgestellt, die sie als polnisch reklamieren, darunter sogar Breslau. Dem müssen wir entgegenreten. Weil offene Postläden mit aufreißerischen polnischen Briefen verhandelt werden, habe ich die Postverwaltung erucht, solche Karten zu beanstanden. Mein Nachbar hier (Der Abg. von Jagdzewski) steht neben dem Minister) hat eine gewisse Bekanntheit mit der Nachrichten. (Heiterkeit.)

Nachtraglich, nachtraglich, alle Jahre lehrst Du wieder?

Neues hast Du nicht gelernt, singst nur Liebeslieder!

(Große Heiterkeit.) Neues war es nicht, was er hier ausführte, und richtig war es auch nicht. (Heiterkeit.) Wir wollen alles daran setzen, die deutschen Provinzen auch deutsch zu erhalten. Die Frage nach der polnischen Gefahr ist recht naiv. Steig wird das Deutschland von den Polen in den Schmutz gezerrt. Die Deutschen finden sich im Zustand gezwungener Verteidigung. Wir müssen unsern Bestand behaupten und deshalb müssen wir gegen die großpolnische Agitation auf der Wacht sein, wie sie in Zeitungen, Niederbüchern, Versammlungen und Vereinen zum Durchbruch kommt. In einem solchen Artikel wird die preussisch-deutsche Geschichte die Schmutzplatte aller Völker genannt. In Briefen, die veröffentlicht sind, wird den Spitzen der Regierung der Pfah am Kaiserstuhl für ihre Schamhaftigkeit gewünscht. An Soldaten der deutschen Armee ist in unverantwortlicher Weise über die deutschen Heerführer geschrieben worden. In den Kasernen sind polnische Flugblätter ähnlicher Art verbreitet worden, die zu großpolnischen Horden auffordern. Die Wiedererhebung Polens, die Erlösung von Preußen ist das wiederkehrende Leitmotiv. Das heißt die Grenze des Erlaubten doch weit überschreiten. Solche Angriffe müssen wir zurückweisen. Ueberzeugen sich die Deutschen in den Ostprovinzen, daß sie in Bezug auf die Stärkung des Deutschlands auf die Regierung rechnen können, so wird der Erfolg nicht fehlen. Wir sind deutsch und wollen Deutsche bleiben, so lange der deutsche Adler seine Schwingen noch regt. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Sattler (nall.)

wendet sich ebenfalls gegen die polnische Agitation.

Abg. Dr. v. Jagdzewski

bestreitet die Authentizität der vom Minister v. Rheinbaben citierten Behauptungen, die nur aus Zeitungsanschnitten hervorgehen. Er verlangt nochmals polnischen Religionsunterricht. Es giebt Deutsche, die uns kennen und besser beurteilen. Der Justizrat Lewinski in Posen gab uns das Zeugnis, daß es uns nur darauf ankomme, unsere Muttersprache und unsere Litteratur zu erhalten und meinte, es sei eine traurige Nation, die das nicht thue.

Damit schließt die Debatte.

Der Etat wird der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Interpellation Jung-Sänger wegen des Offenbacher Unglücks, Antrag Wiener (fr. Sp.) und Barth (fr. Bg.) auf Aenderung der Wahlbezirke.)

Schluß 3 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission erledigte am Mittwoch die Einnahmen des Reichs-Eisenbahnetats. Aus der Debatte ist nur bemerkenswert, daß der Referent Abg. Böllert (nall.) den Gedanken aufwarf, dem Reichs-Eisenbahnamt einen größeren Dispositionsfonds für Ankäufe von Grundstücken und Materialverbindungen zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung könne billiger wirtschaften als

jetzt, wo erst alles vorher bewilligt werden müsse. Dieser Gedanke wurde sehr lebhaft bekämpft, es wurde darauf hingewiesen, daß im Reichs-Eisenbahnetat noch 25 Millionen unangelegter Reste vorhanden seien, und daß es für einen Staatsbetrieb nicht ungünstig sei, den von Möller vorgeschlagenen Weg zu beschreiten. Der Referent ließ daraufhin seine Anregung fallen. — Die nächste Sitzung findet Donnerstag statt.

Die Justizkommission nahm am Mittwoch eine Reihe Aenderungen der Strafprozeß-Ordnung nach Maßgabe der sogenannten lex Mintelen an, stimmte aber im Gegensatz zu der lex Mintelen den Anträgen Lenzmann und Rüdell (fr. Sp.) zu, welche bestimmt sind, den Zeugniszwang der Verleger, der Redactoren und Drucker zu befehlen. Die Regierung hatte die Befreiung dieses dem Anstande widersprechenden Zeugniszwangs für unannehmbar erklärt. Der Einführung des Nachhelfes stimmte die Kommission zu, ebenso den auf Vermeidung zu vieler Eide gerichteten Anträgen, hielt aber im Gegensatz zu dem Wunsch der Regierung und den Anträgen Mintelen (L.) und v. Salisch (L.) daran fest, daß das Gericht nur dann wegen Unzulässigkeit die Beeidigung unterlassen darf, wenn dieselbe von seiner Seite beantragt ist.

Partei-Nachrichten.

Zur polnischen sozialdemokratischen Bewegung. Durch die Blätter geht diese Notiz:

„Der (deutsche) Parteivorstand hat infolge Differenzen zwischen der Zeitung des polnischen Blatts in Berlin, der „Gazeta Robotnicza“ und den Genossen von Posen und Ober-Schlesien, die ihr national-litischen Charakter, wie überhaupt Unbrauchbarkeit vorwarfen, der Zeitung der „Gazeta Robotnicza“ erklärt, daß die bis jetzt dem Blatte seit 10 Jahren gewährte Unterstützung von 200 M. monatlich vom 1. April aufhört.“

Die Meldung ist in der Begründung nicht ganz korrekt. Die Entziehung der Subvention erfolgt, weil ein friedliches Zusammenarbeiten der polnischen und der deutschen Genossen in Posen und Ober-Schlesien durch das Verhalten der „G. R.“ mehr gestört als gefördert wird.

Der polnische Parteivorstand will übrigens die „G. R.“ nach Ober-Schlesien verlegen.

Zur bevorstehenden Landtagswahl in Brandenburg. sind in 20 Wahlbezirken 32 ausgeschiedene Wahlmänner nachzuwählen, von denen 14 aus der dritten Abteilung unserer Partei angehören.

Die „Konservative Korrespondenz“ weist auf die letzte Abführung, die wir hier wegen der Beitragsleistung der Verbandsleiter in der Druckerlei unseres Blatts zur Parteikasse zu teil werden ließen, nichts weiter mehr zu erwidern, als daß sie sich unter Wiedergabe der ihr gewidmeten kräftigen Ausdrücke über unsern Ton beschwert und dazu bemerkt:

„Wie muß unser Hinweis auf die Beitragsleistungen der im „Vorwärts“ beschäftigten Mitglieder des „neutralen“ Buchdrucker-Verbands „gesehen“ haben!“

Von dem Vorwurf der Lüge kann sie sich also nicht mehr reinigen. Das ist so konervative Taktik; wenn sie festgenagelt sind und nicht mehr aus noch ein wissen, dann beklagen sie sich über schlechten Ton. Uebrigens in unserem Falle ganz unberücksichtigterweise, da wir nur die zutreffenden deutschen Ausdrücke für die zu beurteilenden Handlungen angewandt haben.

Einen Sonntag für Südbayern halten unsre Parteigenossen am 20. Januar in München ab. Die provisorische Tagesordnung ist eine rein geschäftliche.

Das Protokoll über die Verhandlungen des 5. Parteitag der Sozialdemokratie Bayerns, abgehalten in Fürth, ist erschienen. Der Preis ist auf 20 Pf. festgesetzt.

Totenliste der Partei. In Urberach (Hessen) starb an der Proletarierkrankheit der Parteigenosse Konrad Kink. Welches Ansehen er sich durch seine Thätigkeit erworben, bezeugte das zahlreiche Beileidgesolge. Leider erfüllte die Trauerfeier eine peinliche Störung durch das Auftreten des amtierenden katholischen Geistlichen. Als dieser bereits vom Grabe zurückgetreten war, trat ein Parteigenosse vor und legte im Namen des sozialdemokratischen Vereins einen Kranz mit weißer Schleife am Grabe nieder, wobei er einige Worte zur Ehrung des Verstorbenen sagte. Da kam der Geistliche wieder zurück und wollte das verbieten. Als sich der Parteigenosse diese Störung in ruhigen Worten verbat, wurde der Geistliche heftig, gestikulirte mit den Händen und rief laut: „Polizei, Polizei, ist denn keine Polizei da! Um die Zeichenfeier nicht zu einem wüsten Schandmal anarten zu lassen, trat darauf unser Parteigenosse vom Grabe zurück. Das Geschehe war aufs höchste entsetzt über das Gebahren des Geistlichen.“

Eine staatsgefährliche Urteilsbegründung. Unser Arolauer Parteiblatt „Kaprod“ veröffentlichte einen Bericht von der zweiten Verhandlung über die Klage der galizischen Richter gegen das Wiener „Barreau“. Es wurde auch die Begründung des Urteils abgedruckt, und der Staatsanwalt konsolidierte diese Urteilsbegründung. Der „Kaprod“ weist darauf hin, daß der konsolidierte Posus die wörtliche Uebersetzung der in der „Neuen Freien Presse“ wiedergegebenen Urteilsbegründung ist.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

— In niemand, der sich geärgert fühlt? Drei Genossen in Reichen wollten sie durch Verbreitung sozialdemokratischer Kalender bezahlen, weil sie durch Verbreitung sozialdemokratischer Kalender und Flugblätter groben Unfug verübt haben sollen. Sie beantragten gerichtliche Entscheidung und deshalb mußte der Nachweis versucht werden, daß sich jemand über die Draufschreiben geärgert habe. Die Polizei brachte 2 Gastwirte, 1 Schmiedemeister und 1 Lehrer, die bezeugen sollten, sich geärgert zu haben. Aber es wollte trotz vieler Kreuz- und Querfragen des Vorsitzenden und des Staatsanwalts nicht recht gelingen. Sämtliche Zeugen mußten vielmehr zugeben, daß die Verbreiter erst gefragt hatten, ob die Leute einen Kalender haben wollten. Auf die Frage, ob die Verbreiter ausdrücklich gewesen seien, gaben die Zeugen an, daß die Verbreiter nicht ausdrücklich, sondern sehr anständig aufgetreten wären. Nun fragte der Vorsitzende weiter, ob sie den Kalender gesehen und dabei sich geärgert hätten. Nur der Schmiedemeister gab zu, den Kalender und die Broschüre von Göhre gelesen zu haben und wollte sich dabei auch geärgert haben. Sehr treffend erwiderte ihm einer der Verbreiter, er hätte es ja nicht zu lesen brauchen, denn die Aufschrift habe doch schon gezeigt, daß es eine sozialdemokratische Schrift sei. Dann wurde gefragt, ob denn die Zeugen die Empfang des Kalenders schon gewußt hätten, daß die Schrift sozialdemokratisch war und ob sie sich nicht nachträglich geärgert hätten, als sie es erführen. Darauf wurde von einem Zeugen die Antwort gegeben: er sei schon daran gewöhnt, da doch jedes Jahr eine sozialdemokratische Schrift komme.

Da es mit diesen vier Zeugen absolut nicht gelingen wollte, wurde schließlich auf Antrag der Staatsanwaltschaft beschloffen, die Verhandlung zu vertagen, um noch mehr Zeugen zu vernehmen.

— Vom mecklenburgischen Sonntag-Sozialistengebiet. Die Strafkammer in Rostock verwarf die Berufung von zwei Genossen aus Ribnitz gegen das Urteil des dortigen Schöffengerichts, wonach sie je 6 M. bleihen sollten, weil sie Sonntag, den 9. September, in Gelbensande Probenummern der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ verbreiteten. Die Begründung lautete: Das Postgesetz gestatte nur die Verteilung von Zeitungen durch Beauftragte und expresse Boten an bestimmte Dörfern und Abkommen (?). Außerdem hätte die Verteilung stattgefunden zu einer Zeit, in der die Post am Orte nicht bestelle. — Gebt das Oberlandesgericht das Urteil nicht auf, dann ist das Parlament wieder einmal in die angenehme Lage versetzt, wahrnehmen zu müssen, daß es sich nicht so auszudrücken versteht, daß es nicht mißverstanden werden kann.

— Wegen Beleidigung der Polizei in Halle war vor längerer Zeit der Redacteur Genosse Haupt in Magdeburg zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Auf seine Revision hatte das Reichsgericht das Urteil aufgehoben und die Sache zu nochmaliger Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Jetzt hat ihn die Strafkammer freigesprochen, weil keine Beleidigung vorliegt.

Aus der Frauenbewegung.

Zumeist von Frauen besucht war eine Versammlung in Schöneberg am 14. d. Mts., in der nach einem Vortrage Lubeit's zunächst Regel als letzter Vertrauensmann Schönebergs seinen Geschäftsbericht erstattete. Er hatte im letzten Geschäftsjahre eine Einnahme von 2148,56 M. und eine Ausgabe von 2049,71 M. Es wurden 10 Versammlungen und 3 Agitationsreisen veranstaltet und ca. 64000 Flugblätter verbreitet.

Darauf gab Frau Meiling den Bericht von der Frauen-agitation. Für diese Zwecke wurden 100,55 M. eingenommen und 91,51 M. ausgegeben. Frau Meiling, Gölzstr. 50, Quergebäude 3 Treppen, wurde wiederum als Vertrauensperson für Schöneberg gewählt. Zu Revisoren derselben wurden Frau Sell und Frau Schulz gewählt.

Nach einer kurzen aber heftigen Diskussion, in der sich verschiedene Frauen über die ungenügende Agitation mancher Parteigenossen beschwerten, wurde Frau Thiel, Tempelhofer, Friedrich Wilhelmstr. 17, als Kreis-Vertrauensperson für Zeltow-Beeskow-Charlottenburg gewählt.

Zum Schluß forderte Frau Renze die Frauen noch auf, ihre Waren stets vor 8 Uhr abends zu kaufen, um die Bestrebungen der Handelsangelegten zur Erreichung des Schlußbeschlusses zu unterstützen, und Frau Rönisch forderte zum Besuche der von der Central-Kommission der Krankenkassen ins Leben gerufenen hygienischen Vorträge auf, für die der Magistrat Schulräume zur Verfügung gestellt hat.

Sociales.

Ein Sauerkrautring soll nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ in Magdeburg gegründet worden sein. Der Ring wurde gebildet zu dem Zwecke einer Preiserhöhung und es wurde auch sofort beschlossen, den Preis des Oxfost von 14 M. auf 17 M. zu erhöhen. Natürlich trifft diese Preiserhöhung wieder vornehmlich die Arbeiter.

Der Konflikt in der Holzindustrie vor dem Einigungsamt.

Am Mittwochnachmittag fand der zweite Termin vor dem Einigungsamt statt. Eine große Zahl von Juhlern aus den Kreisen der beteiligten Arbeiter hatten sich dazu eingefunden.

Nachdem der Vorsitzende, Gewerbetlicher v. Schulz, um 3 1/2 Uhr die Sitzung eröffnet hatte, zogen sich die Vertreter mit den Vertretern der Arbeitgeber zurück, um den letzteren die Vor schläge des Einigungsamts zu unterbreiten. Um 7 Uhr traten auch die Vertreter der Arbeiter zur Beratung ab, lebten aber bald wieder zurück. Um 9 1/4 Uhr erschienen die Vertreter der Arbeitgeber wieder im Verhandlungszimmer. Dann wurden folgende Vergleichsbedingungen festgesetzt:

Die Parteien vergleichen sich bezüglich der in dem sogenannten Kontrollbuch sich unter I und IV befindenden Arbeitsbedingungen folgendermaßen:

1. Abfah I bleibt unverändert.

2. Zu Abfah II: Löst der Arbeiter den Arbeitsvertrag und liegt seinerseits ein gesetzlicher Grund dazu vor, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, den verdienten Lohn sofort auszuführen. Andernfalls erfolgt die Auszahlung des Lohns am nächsten Zahlungstag. Die Entlassung durch den Arbeitgeber darf nur nach Arbeitslohn erfolgen. Wenn dagegen Arbeitnehmer gesetzliche Entlassungsgründe geben, oder sich bei der Entlassung zu solchen Arbeiten verpflichtet haben, deren sie nicht fähig sind, so soll es dem Arbeitgeber gestattet sein, einen solchen Arbeiter sofort zu entlassen.

3. Mit den Bestimmungen des Abfah III ist nur der Ausschluß des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gemeint.

4. Zu Abfah IV: Auf das Recht der Aufrechnung wird verzichtet mit der Maßgabe, daß dadurch das bisher geübte Rückbehaltungsrecht des Arbeitgebers für vom Arbeiter abzüglich oder grob schuldhaftig verpflüchte Arbeit und Material nicht berührt wird. Hiernach treten somit die Worte unter Abfah IV: „Der Arbeitgeber“ bis „aufzurechnen“ außer Kraft.

5. Die wegen verweigert Unterschrift bisher entlassenen Arbeiter werden vorzugsweise wieder eingestellt. Maßregelungen finden nicht statt.

6. Das Gewerbegericht soll die redaktionelle Fassung vorstehender Vergleichsbedingungen vornehmen.

7. Nach endgültiger Feststellung des Wortlauts des Vergleichs wird der Vergleich gedruckt werden. Je ein Exemplar desselben ist in jedem Kontrollbuch einzulegen und in jedem Arbeitsraum für jeden Arbeiter zugänglich auszugeben. Ferner werden die Arbeitgeber sowohl dem Innungs-Schiedsgericht, als auch dem Gewerbegericht je ein Exemplar zur Verwendung bei der Rechtsprechung übergeben.

Glode verlangt, daß im Protokoll noch eine Erklärung aufgenommen werde, des Inhalts, daß die sogenannten Fragebogen nicht als schwarze Listen demütigt werden.

Brj hält die Aufnahme einer solchen Bestimmung nicht für erforderlich und erklärt: Es sei gar nicht daran zu denken, daß die freie Vereinigung schwarze Listen einführe, dafür gebe er hier sein Wort als Vorsitzender der Vereinigung.

Obermeister Rahardt bemerkt, er halte es für unnütz, etwas bezüglich der Fragebogen hier festzusetzen. Wenn die Innung es für nötig halte, Erundbedingungen über einzustellende Gesellen einzuziehen, so werde es zum Schutze der Meister gegeben.

Glode: Nach dieser Erklärung des Herrn Rahardt bleiben unsere Versicherungen bezüglich der schwarzen Listen bestehen. Brj: Sie können sich mit meinen Erklärungen begnügen. Fürchten Sie nicht, daß wir heimlich schwarze Listen einführen. Glauben Sie mir, wenn ich mich nicht mehr an meine Erklärung gebunden halten will und wir es für nötig halten, eine Kontrolle, wie Sie sie fürchten, einzuführen, dann bin ich auch Namens genug, es offen zu erklären.

Glode: Wir beruhigen uns bei diesen Erklärungen, bemerken aber, daß wir uns völlig freie Hand behalten für den Fall, daß wir sehen, es werden thätlich schwarze Listen eingeführt.

Hierauf wird dem Protokoll noch folgender Posus angefügt:

Dem Inhalt nach tritt der Vergleich sofort in Kraft. Die Arbeiter, soweit sie in Arbeit stehen oder in Arbeit treten, verpflichten sich, bis spätestens Sonnabend die Unterschrift in dem sogenannten Kontrollbuch zu leisten.

Vorsitzender v. Schulz schließt die Sitzung um 10 1/4 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Konferenz der Konsumvereine beschäftigter Lagerhalter und Lagerhalterinnen der Provinz Brandenburg.

Der Auf nach Verbesserung untrer oft nicht berechneten Lage hat sich in einer ganzen Reihe von Städten untrer Provinz, in denen Konsumvereine existieren, bemerkbar gemacht, so daß es endlich einmal Zeit wird, sich zur That zu ermannen.

Wie in allen anderen Bezirken, so findet man auch hier bei uns teilweise unwürdige Behandlung, äußerst lange Arbeitszeit, minimale Bezahlung, Ausnutzung der Familienangehörigen usw. Allen diesen Missethungen kann sehr leicht abgeholfen werden durch gegenseitigen Zusammenhalt aller, d. h. durch Organisation.

Durch Beschluß der letzten Zusammenkunft der Lagerhalter Berlins und Umgegend findet am Sonntag, den 20. Januar, nach-

mittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelder 15, Saal 8, eine Konferenz der Lagerhalter der Provinz Brandenburg mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Lage der in Konsumvereinen beschäftigten Lagerhalter und Lagerhalterinnen der Provinz Brandenburg. Referent: Kollege E. Lott, Berlin. 2. Rantoberechnung. Referent: Kollege D. Krusch, Brandenburg. 3. Anträge. 4. Verschiedenes.

Kollegen! Jeder, der es ernst mit der Verbesserung seiner Lage meint, muß erscheinen. Keiner darf fehlen, darum rüttelt alle Indifferenten auf und ersucht alle Mann für Mann.

Z. A.: Ernst Lott, Niddorf, Zietenstr. 31.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

In Oranienburg hatte sich eine Zahlstelle des Fabrikarbeiter-Verbands gebildet. In der dortigen chemischen Fabrik A. G. sind infolgedessen in letzter Zeit fortgesetzt, Maßregelungen von Mitgliedern, namentlich Vorstandsmitgliedern vorgenommen worden, so daß die dortigen Arbeiter den Ausstand beschlossen. Zugang ist streng ferngehalten.

Deutsches Reich.

Die Arbeits- und Lohnbedingungen des Comptoirpersonals der Konsumvereine bildete den Verhandlungsgegenstand einer Vertreterkonferenz der sächsischen Konsumvereine, die am 18. d. M. in Chemnitz tagte. Die betreffenden Angestellten hatten die Anregung für eine Regulierung der Gehaltsätze gegeben und folgendes vorgeschlagen: In Städten bis zu 100 000 Einwohnern ist ein Anfangsgehalt von mindestens 90 M. zu zahlen, das in 10 Jahren auf 160 M. zu steigen hat; in Städten über 100 000 Einwohner beträgt das Anfangsgehalt 110 M. und steigt innerhalb 10 Jahren bis auf 175 M. Jugendliche Angestellte unter 21 Jahren können entsprechend niedriger eingestellt werden, jedoch nicht unter 75 M. pro Monat. Die Gehaltszahlung hat wöchentlich zu erfolgen. — Die tägliche Arbeitszeit für die Comptoir-Angestellten beträgt 8 Stunden; desgleichen ist der Betrieb im Lager so einzurichten, daß die Arbeitszeit der Lagerangestellten nur in Ausnahmefällen 8 Stunden übersteigt. Sonntagsarbeit, wo solche notwendig wird, wird besonders vergütet. — Den Comptoir- und Lagerangestellten ist ferner eine Ferienzeit von 14 Tagen unter Fortzahlung des Gehalts zu gewähren.

Es wurde eine Kommission eingesetzt, die mit Vertretern der Angestellten verhandeln soll; die Vorschläge wurden im allgemeinen wohlwollend beurteilt.

Eine spätere Konferenz soll auch über die Errichtung eines Schiedsgerichts zur Schlichtung von etwa entstehenden Streitigkeiten zwischen Verwaltung und Angestellten der Konsumvereine Beschluß fassen.

Der **Leipziger Töpfer-Streit** ist nach 18wöchiger Dauer nunmehr als beendet erklärt worden. Die Ausständigen hatten kurz zuvor noch einen letzten Versuch zu einer beiderseitigen Verständigung gemacht, indem sie das Gewerkschaftsgericht als Einigungsamt anriefen. Die gegenwärtige unangünstige Geschäftszeit und die zahlreichen Arbeitswilligen haben aber auch diesen Versuch zum Scheitern gebracht; der Innungsvorstand lehnte die Einigungsverhandlungen ab. Die Innung hat einen Arbeitsnachweis gegründet, der unter Leitung des Obermeisters stehen und von vier Arbeitgebern und vier Arbeitnehmern verwaltet werden soll. Es befanden sich noch 70 Personen im Ausstande, die, soweit sie seit längerer Zeit zum örtlichen Unterstützungsfonds gesteuert haben, auch ferner nach Möglichkeit unterstützt werden.

Wegen **Verurteilung** angeklagt und freigesprochen zu werden, dies Glück hatte der Vorsitzende des Christlichen Textilarbeiter-Verbands zu Aachen.

Bei Gelegenheit eines Streiks hatte er sich zu einem Barbier, dessen Frau Streikbrecherdienste leistete, begeben und denselben aufgefordert, dahin zu wirken, daß seine Frau auch die Arbeit einstelle. Würde seine Frau weiter arbeiten, so käme die Sache in einer Versammlung zur Sprache, und die Folge sei, daß kein Weber sich mehr bei ihm rasiere lasse.

Diese Neuherung wurde zur Anzeige gebracht und der Vorsitzende wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Wegen dies Urteil legte der Verurteilte, aber auch der Amtsanwalt, welcher 8 Wochen Gefängnis beantragt hatte, Berufung ein. Die beiderseitige Berufung wurde zurückgewiesen. Jetzt meldete der Vorsitzende Revision beim Oberlandesgericht in Köln an. Die Revision hatte Erfolg, und gelangte das Oberlandesgericht zu der Ansicht, daß von der Strafkammer in Aachen der Begriff der Drohung verkannt worden sei. Es hätte festgestellt werden müssen, ob der Angeklagte selbst auf die Herbeiführung der von ihm in Aussicht gestellten Maßregel habe einwirken wollen. Aus dem Grunde wurde die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Berufungsinstanz zurückgewiesen.

In der Sitzung der Strafkammer vom 11. Januar kam es zur Freisprechung des Vorsitzenden. Sämtliche Kosten wurden der Staatskasse zur Last gelegt. Der Thatbestand des Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung konnte nicht festgestellt werden. Solche Richter wünschen wir jedem „Streikführer“.

Der **Dortmunder Maurerstreik**, der im August 1900 stattfand, beschäftigt noch immer die Dortmunder Gerichte. Am 14. d. M. vertrat vor der Verurteilung der Strafkammer zwei Maurer ihren Einspruch gegen die Schöffengerichtsurteile. Für die Worte: „Wenn wir erst mit 60 Mann kommen, werdet ihr schon aus dem Bau herausgehen“, hatte der Maurer Gen. drei Tage Gefängnis zubüßt bekommen. Seine Berufung wurde verworfen.

Sein Kollege Th. d. d. e. y., der in einem andern Falle „für Verdringung“ zu einer Woche verurteilt wurde, zog es vor, seine Berufung vor der Urteilsprechung zurückzugeben.

Ausland.

Der **Streik der Spitzenweber in Calais** dauert unverändert fort. Obwohl die zur Verteilung gelangenden Unterstützungen zur Zeit recht geringe sind, haben die Ausständigen auch in ihrer letzten Versammlung wieder erklärt, auszuhalten. Um aber ihre Friedensliebe zu beweisen, haben sie den Fabrikanten von neuem Unterhandlungen anbieten lassen.

Der Streik wäre wahrscheinlich schon längst zu Gunsten der Arbeiter entschieden, wenn den Unternehmern nicht Unterstützung würde durch die Gewerkschaft „Emancipation“. Diese Arbeitervereinigung ist gegründet worden von Leuten, die aus der alten Gewerkschaft der Spitzenweber ausgeschlossen worden oder selbst ausgetreten sind. Wegen diese Vereinigung sind seitens der Streitenden schwere Vorwürfe gemacht worden, so daß sich der Austausch der Pariser Arbeitsbüchse veranlaßt sah, einen Vertreter nach Calais zu entsenden, um die Angelegenheit untersuchen zu lassen. Auch die „französische Arbeiterpartei“ (Guesdisten) sandte einen Delegierten der Nordföderation dahin, weil ein großer Teil der Mitglieder der „Emancipation“ zugleich Mitglieder ihrer Partei-Organisation ist.

Die Untersuchungen haben nun ergeben, daß die gegen die „Emancipation“ erhobenen Anklagen leider zum größten Teil berechtigt sind. Die Mitglieder der genannten Vereinigung haben sich nicht als Streikende betrachtet und die Arbeit nicht mit niedergelegt, als der „Verband“ in den Streik trat, weil die Unternehmer den unterzeichneten Vertrag durchbrachen und das Gesetz verletzten. Als die Unternehmer die Aussperrung verfügten, stellte die „Emancipation“ ihnen gegen eine mögliche Entschädigung von pro Mann 20 Fr. Leute zur Verfügung, welche die mechanischen Stühle, überhaupt die sehr teuren Werkzeuge in Ordnung hielten. Die Streikenden behaupten, daß ohne diese Hilfeleistung die Unternehmer längst hätten bewilligen müssen, bei Strafe, großen Materialschaden zu erleiden.

Beide oben bezeichneten Verächterblätter sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese Anschuldigungen zureichend sind; als Entschädigung bzw. als Erklärung für das Verhalten der „Emancipation“ wird angeführt die in Calais seit Jahren bestehende Uneinigkeit unter der Arbeiterchaft, die schon seit dem Jahre 1896 datiere. Der „Verband“ habe allein die Verträge mit den Unternehmern abgeschlossen, auch den Streik allein notiert und habe es unterlassen,

an die „Emancipation“ heranzutreten, um sie an der Streikleitung zu beteiligen.

Trotzdem gelangt der Ausschuss der Arbeitsbüchsen zu dem Schluß, daß das Verhalten der „Emancipation“ zu beurteilen sei und wird infolgedessen nur den „Verband“ unterstützen. Die Nordföderation der französischen Arbeiterpartei hat ihren Mitgliedern verboten, während der Dauer des Streiks in den Fabriken irgend welche Arbeiten zu verrichten, widrigenfalls sie sofort aus der Partei ausgeschlossen werden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

An die Berliner Parteigenossen.

Seit einigen Monaten macht der **Kriminalshumann Leuthold**, Verlichungenstraße 7, Noabit, wohnhaft, Versuche, in Parteifreien und Vereinen Eingang zu finden und das Vertrauen der Parteigenossen zu erwerben.

Leuthold giebt sich für einen Schildermaler aus, behauptet, Mitglied der Organisation zu sein, auch im Besitz einer Wahlvereins-Mitgliedskarte zeigte er sich. Im 2. Wahlkreis machte er den Versuch, die augenblickliche Notlage eines Genossen dahin auszunutzen, daß er ihn zum Spigel zu werden suchte. Im Juli v. J. verkehrte er in einer Parteimappe in Noabit und suchte dort das Vertrauen der Genossen auch damit zu erwerben, daß er gelegentlich einer Flugblattverteilung ebenfalls 100 Stück „zwecks Verteilung“ mit sich nahm.

Leuthold ist in Rudolfsstadt gebürtig, von Beruf Maurer; als solcher war er in Hamburg organisiert; dann ging er nach Amerika, lehrte vor einigen Jahren nach Rudolfsstadt zurück und wurde dort Stadtpolizist; dann kam er vor ca. Jahresfrist zur politischen Polizei nach Berlin und hofft demnächst wieder in Rudolfsstadt eine z. B. erlebte Postfeldeinsammlerstelle zu erlangen.

Namentlich der 2., 4. und 6. Wahlkreis scheint sein Beobachtungsbereich zu bilden; er trägt in der Regel dunkles Jackett und Hofe und unter dem Jackett eine wollene Jacke; spricht mit Vorliebe von seinen Erlebnissen in Amerika, trägt ostentativ in der Rocktasche den „Corvairs“ und sehr häufig führt er auch einen Band der Zola'schen Romane mit sich.

Wir machen die Genossen auf diesen

Kriminalshumann Leuthold,

Verlichungenstr. 7, Noabit,

aufmerksam und raten ihnen bei dieser Gelegenheit abermals, Vertrauen in Parteifreien erst zu gewähren, wenn sie sich über die vertrauensuchenden Personen näher erkundigt haben.

Die Vertrauensleute.

Zur **Lokalliste**. In der letzten Lokalliste ist das Lokal von Gebauer, Tiedstr. 24, vergessen worden. Die Genossen des sechsten Kreises wollen hiervon Notiz nehmen.

Künster Wahlkreis. Die Mitglieder werden auf die am Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, stattfindende Generalversammlung des Socialdemokratischen Vereins hierdurch aufmerksam gemacht. Mitgliedsbuch legitimiert. — Die Zehnte des Vereins befinden sind: Otto Wendland, Marienburgerstraße 32; Wilhelm Knösch, Hirtenstr. 10; Robert Richter, Neue Alnighstr. 10; Emil Kädel, Mondijou Platz 10; Ernst Dittrich, Al. Hamburgerstraße 27; Jakob Reul, Varnitstr. 42; Wilhelm Spät, Weinst. 28. Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule, Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus, Seitenflügel, 2 Treppen. Heute abend 9 Uhr: Beginn des Kurses in Nationalökonomie (Die moderne Arbeiterbewegung). Vortragender Rechtsanwalt Viktor Frankl, Freitag, den 18. Januar: Rede-Übung (Kursus für Fortgeschrittene). Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. Bibliothek 3 Treppen, 8-9 Uhr. Zahlreiche Besuch erwartet.

In **Pankow** ist heute abend bei Großfurt, Berlinerstr. 27, eine **Wollversammlung**, in der Reichstags-Abgeordneter Stadthagen einen Vortrag hält.

Charlottenburg. Die Mitglieder des socialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg werden nochmals auf die heute abend 8 1/2 Uhr, in der Sambrinus-Brauerei stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht. Tagesordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wollstein über: „Beiträge zur Geschichte des preussischen Proletariats in den letzten zwei Jahrzehnten.“

Reich. Den Mitgliedern des Volks-Bildungsvereins für Kritik und Umgegend zur Nachricht, daß sie sämtliche in ihrem Besitz befindliche Bücher der Bibliothek bis Freitag, den 18. Januar, im Vereinslokal abliefern müssen, da durch die Neu-Organisation eine Regelung sich notwendig macht. Die Versammlungen finden von jetzt ab jeden Freitag vor dem 15. im Monat statt. Die Bibliothek ist jeden Sonnabend von 8-10 Uhr im Vereinslokal geöffnet.

Gerichts-Beitrag.

Wilde Bestrafung eines unverschämten Lämmels. Unmoralisches Verhalten gegen einen weiblichen Diensthöfen lag der Anlage wegen thätlicher Beleidigung zu Grunde, die gestern vor der achten Strafkammer des Landgerichts I gegen den 24jährigen Kaufmann Max Schmul verhandelt wurde. Der Angeklagte, der im Hause seiner Eltern wohnt, soll sich wiederholt gegen deren Dienstmädchen vergangen haben. Eines der Mädchen hat schon früher dieserhalb bei dem zuständigen Polizeirevier Beschwerde geführt. Im November v. J. erstatte wiederum ein Mädchen Anzeige, weil es unflätlicher Angriffe von seiten des Angeklagten ausgelegt gewesen sei. Derselbe sei nächst in ihre Schlafkammer gedrungen und habe sie belästigt. Der Angeklagte behauptete, daß er nach — Fändhölzern gelaht habe. Staatsanwalt Reis hob hervor, daß das weibliche Dienstpersonal gegen derartige Angriffe seiner Herrschaft eines besonderen Schutzes bedürfte, er beantrage gegen den Angeklagten 9 Monat Gefängnis und wegen begründeten Nichterkenntnis sofortige Verhaftung. Auf den Antrag des Verteidigers Rechtsanwalts Hühner ließ der Gerichtshof den Angeklagten noch einmal mit einem empfindlichen Denzettel davonkommen und erkannte auf eine Geldstrafe von 200 M.

Versammlungen.

Eine **Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbands** nahm am 14. d. M. im Saale des Herrn Wyss am Friedr. Schöen den Bericht über die Verhandlungen des Einigungsamts entgegen. Der Referent, Glöck, ging ausführlich auf die Verhandlungen ein, wie sie im „Vorwärts“ bereits wiedergegeben waren.

Alsdann verlas Glöck die Werkstätten, in welchen die Kontrollbücher vorgelegt worden sind und die Kollegen dies dem Bureau gemeldet hatten. Daraus ist ersichtlich, daß nur ein geringer Teil der Arbeiter die Unterzeichnung geleistet haben, unter diesen befand sich das Personal von Heider u. Waten, Frankfurt Allee, Pfaff, Zeughostraße, und Klug, Warfhauserstraße. Sonst waren es nur mittlere und kleine Werkstätten, in denen die Gesellen unterschrieben hatten. Die große Mehrheit der Arbeiter hatte sich strikte noch dem Beschluß der Vertrauensmänner-Versammlung gerichtet. Die Zahl der Ausgesperrten ist trotzdem noch klein. Bis Montag waren 398 Mitglieder in die Listen eingetragen. Weissend haben die Gesellen ihre Recordarbeiten fertig zu stellen, ehe sie entlassen werden können. Viele Unternehmer zogen die Kontrollbücher zurück, sobald sie auf Widerstand gestoßen waren, andre gaben ihren Leuten Bedenkzeit, bis das Einigungsamt den Schiedspruch gefällig habe.

Die größere Hälfte der Berliner Tischlermeister hat sich dem Innungsbeschluß bisher noch nicht unterworfen, trotzdem ihnen im Weigerungsfalle eine Geldstrafe angedroht worden ist. Es haben mühen nur die Scharfmacher im Tischlergewerbe den Beschluß durchgesetzt. Hat doch ein Herr W. in einer Innungsversammlung erklärt:

„Wenn wir die schwarzen Listen schon hätten, dann würde ich beantragen, meinen besten Gefellen als ersten in die Liste aufzunehmen, weil er mir die Achtung verweigert hat.“

In der Diskussion wurde ausgeführt, daß sogar mehrere Meister ihre Leute dringend gebeten haben, sie möchten nur aus Gefälligkeit unterschreiben, weil sie die angeordnete Strafe nicht zahlen möchten. Sie haben dann auf Wunsch der Gesellen diesen ein Schriftstück ausgestellt, in welchem sie sich verpflichten, von den Bestimmungen des Kontrollbuchs keinen Gebrauch zu machen. Mehrere Redner erzählten, in ihrer Werkstätte hätten die Kollegen zwar unterschrieben, aber die Erbitterung sei eine derartige, daß sie einstimmig den Vorschlag gefaßt haben, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß den Meistern bei passender Gelegenheit die Kontrollbücher doppelt heimgezahlt werden.

Der Beschluß, die Unterchrift zu verweigern, wird aufrecht erhalten. Alle Veränderungen in der Werkstätte, die auf die Kontrollbücher Bezug haben, sind sofort auf dem Bureau im Gewerkschaftshaus zu melden. Am Donnerstag, den 17. Januar, findet die nächste Vertrauensmänner-Versammlung statt.

Die an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter hielten am 14. Januar eine außerordentlich stark besuchte Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Die Wahlen und Abrechnungen konnten nicht zur Verhandlung kommen, da die sehr erregte Debatte beim ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Einführung des Kontrollbuchs“ bis nach 12 Uhr sich ausdehnte. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden und wurde ein Antrag, am Donnerstag eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, angenommen.

Charlottenburg. In der außerordentlichen Generalversammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbands der Zahlstelle Charlottenburg, welche am 14. d. M. in der Sambrinus-Brauerei, Wallstr. 44, tagte, gab zunächst der Vorsitzende Wenschel den Jahresbericht der Ortsverwaltung. Sodann wurde zur Wahl des gesamten Vorstands geschritten. Die Bibliothek wurde dem Kollegen Dörre, Wallstraße 90, übertragen. Alsdann beschäftigte sich die Versammlung mit dem Konflikt in der Holzindustrie. Es wurde festgestellt, daß bis zum betreffenden Tage im Orte 33 Kollegen in 6 Werkstätten wegen Verweigerung der Unterchrift ausgepersert seien, wogegen von 5 Kollegen die Unterchrift geleistet wurde. Der bereits schon gefaßte Beschluß, die Unterchrift so lange zu verweigern, bis das Einigungsamt gebrochen hat, wurde bis zum Schiedspruch ausgedehnt.

China.

Das kaiserliche Siegel.

Endlich soll die provisorische Note durch den Aufdruck des kaiserlichen Siegels in aller Form unterzeichnet worden sein. Eine in New York eingetroffene Meldung besagt: Prinz Tching begab sich am 14. Januar in Begleitung des Ober-Eunuchen nach der „verbotenen Stadt“ und drückte dem Dokumenten, die morgen den Gesandten überreicht werden, das kaiserliche Siegel auf.

Wird damit nun endlich über das Vorspiel zu der Tragikomödie der Friedensunterhandlungen der Vorhang gefallen sein?

Was nun?

Trotz dieser Erfolge der genialen Diplomatie befindet man sich in den leitenden Kreisen Englands sowohl wie Deutschlands augenblicklich in wenig begeistelter Stimmung. Die Annahme des Präliminarfriedens bedeutet ja im Grunde noch gar nichts, die Einigung der Mächte unter sich und das definitive Abkommen mit China steht ja noch aus. Werden die Mächte für die Politik der Bräutigams China zu haben sein? Und wird China sich einem es allzu sehr demütigenden und schädigenden Vertrag unterwerfen? Die Offiziösen in London und Köln zweifeln selbst daran! Die „Köln. Stg.“ läßt sich aus London telegraphieren:

Der dem auswärtigen Amt nahe stehende „Daily Telegraph“ begrüßt die Unterzeichnung der chinesischen Vertragsnote mit einem äußerst skeptischen Artikel, der in dem Sage gipfelt, die Durchföhrung des Vertrags, soweit sie von der Ehrlichkeit Chinas abhängt, sei lediglich Sache der Kaiserin, die den Vertrag ebenso sehr hasst, wie die Barbaren. Von dem, was man vor einigen Monaten verlangt und erwartet habe, sei herzlich wenig erzielt worden. Peking sei nicht dem Erboden gleich gemacht, die Kaiserin nicht abgesetzt, Prinz Tuan habe wenig oder nichts zu fürchten, selbst Lunfuhians Aussichten seien nicht hoffnungslos. In der Hauptsache habe China das Spiel gewonnen, die Dynastie sei unverfehrt geblieben und keine wesentliche Sühne für ein Verbrechen ohne Gleichen verhängt worden. Der Hauptzweck im Herbst sei gewesen, einen mächtigen Eindruck auf die chinesische Einbildungskraft zu machen, was aber schwerlich gelungen sei. Von den einzelnen Errungenschaften bezeichnet weiterhin der Artikel die Sühnamission nach Berlin und die Errichtung eines Denkmals für den ermordeten deutschen Gesandten in Peking als die vielleicht wirksamsten für die Gemüter der Chinesen. Von der Rückkehr des Hofes nach Peking werde keine Rede sein, bis die verbündeten Truppen der Hauptstadt und Taku den Rücken gelehrt hätten, vielleicht aber auch dann noch nicht. Wenn aber der Hof nicht zurückkehre, wäre der ganze Vertrag hinfällig, ebenso wie das Verbot der Woffeneinfuhr, das hier wie in Südafrika durch falsche Golddeklarationen umgangen werden könne. Inzwischen seien allerdings die Mächte in einer wichtigen Sache einig geblieben, freilich größtenteils auf Kosten ihrer Wirksamkeit.

Die bilowoffiziöse Kōnterin enthält sich zwar jeder Bemerkung zu dem offiziellen Artikel, doch hat auch sie erst vor einigen Tagen ihre Ansichten mit ungefähren denselben Worten geäußert:

„Es zeigt sich immer deutlicher, daß diejenigen recht hatten, die ein unbedingtes rasches und wohl überlegtes Nachgeben des chinesischen Hofes nicht für wahrscheinlich erklärten. Hinter der großen Mauer liegt eine andre Welt. Die physische Macht der Verbündeten wird kaum bis dorthin ausgedehnt werden; die Macht aber der Erkenntnis und der Ueberzeugung reicht nicht bis dorthin. Von der unbedingten Folge chinesischer Ausflüchte, der Verlängerung der Besetzung und der Erhöhung der Kosten scheint man am chinesischen Hofe keine Vorstellung zu haben.“

Es wird also kommen, wie wir es vorausgesagt haben: der pompöse angelaubte Hunnenkrieg wird gütigstenfalls mit einem kläglichen Frieden enden. China wird nicht für Jahrtausende niedergedrückt, sondern nur aus seiner Apokalypse zur blutigen Wiedergeburt aufgerüttelt sein. Oder bergen sich hinter der Flegie der Offiziösen nur neue Scharfmacherabichten? Trägt man sich am Ende wirklich mit der Absicht einer Expedition nach Singanfu?

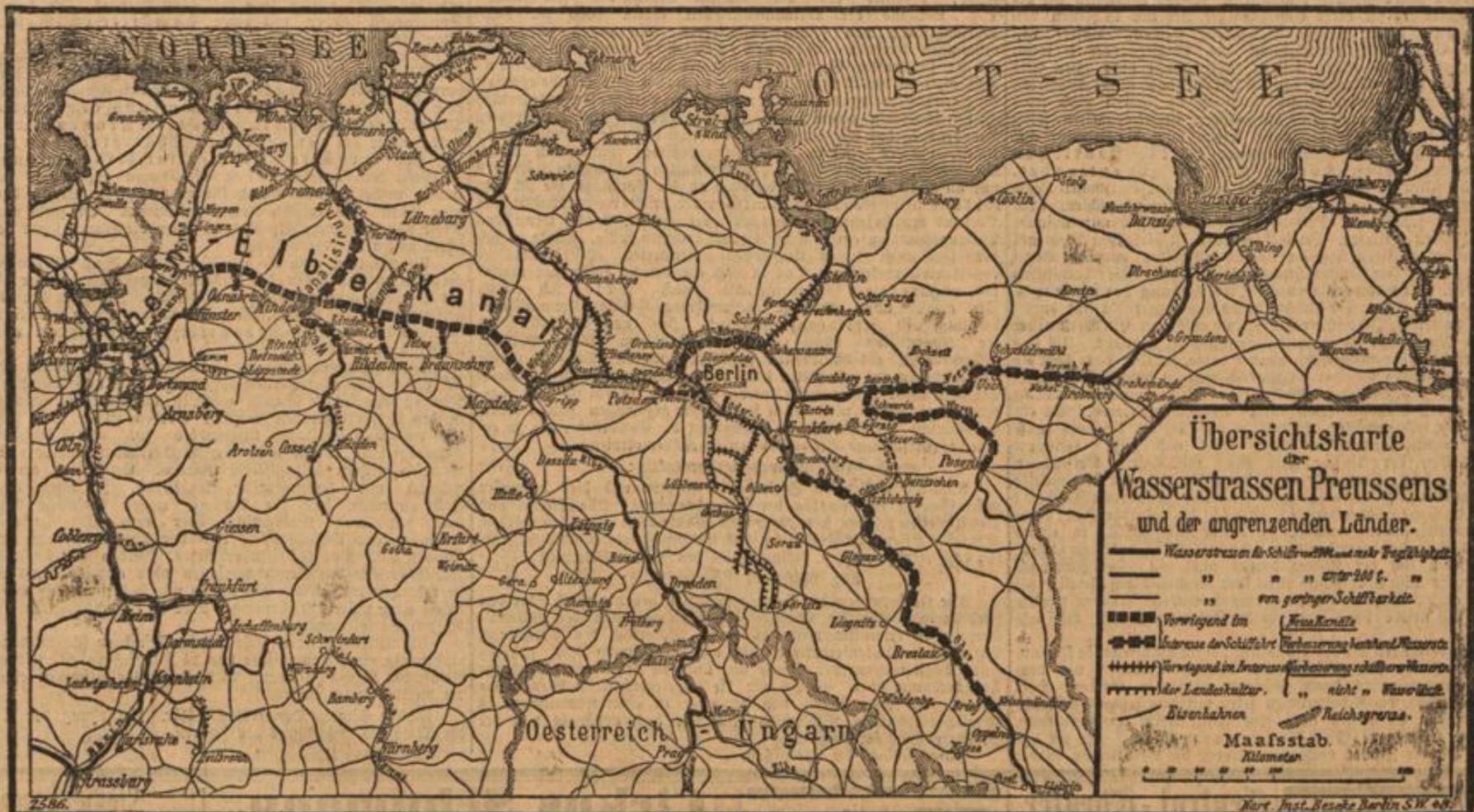
Letzte Nachrichten und Depeschen.

Glensburg, 16. Januar. Heute nacht wurde auf die Personensonde Sanderburg-Glensburg zwischen Rüssel und Abfall ein Raubnachtsfall verübt. Ein unbekannter Thäter griff den Postillon an, feuerte auf den Postenleger, ohne ihn jedoch zu treffen, und schlüßte abdam. Die Post führte bedeutende Barmittel mit.

Frankfurt a. M., 16. Januar. (W. B.) Die „Frankf. Stg.“ meldet aus Basel: Heute nachmittag traf hier die Nachricht ein, Arnold Böcklin sei in seiner Villa bei Fiesole unweit Florenz gestorben.

Florenz, 16. Januar. (W. B.) Arnold Böcklin war seit 14 Tagen infolge einer akuten Herzerkrankung leidend; sein Tod erfolgte in Anwesenheit seiner nächsten Verwandten. Die Beerdigung soll am Freitagmittag stattfinden.

Zur Kanalvorlage.



Nachdem nunmehr die große Kanalvorlage, die von tiefgreifendem Einfluß auf das gesamte deutsche Wasserstraßennetz sein wird, dem preussischen Landtage zugegangen, bringen wir unsern Lesern eine Karte der durch dieselbe geplanten neuen Wasserstraßen in Verbindung mit sämtlichen vorhandenen schiffbaren Wasserstraßen Norddeutschlands.

Zur Erläuterung der Karte sei hier aus der amtlichen Vorlage kurz folgendes angeführt. Nach der Vorlage soll die Staatsregierung ermächtigt werden:

1. Zur Herstellung und Verbesserung von Wasserstraßen und zwar:
 - a) eines den Rhein, die Weser und die Elbe verbindenden Schiffschiffkanals (Rhein-Elbe-Kanal), bestehend aus
 - i) einem Schiffschiffkanal vom Rhein in der Gegend von Saar bis zum Dortmund-Ems-Kanal in der Gegend von Herne (Dortmund-Rhein-Kanal),
 - ii) verschiedenen Ergänzungsbauten am Dortmund-Ems-Kanal in der Strecke von Dortmund bis Bevergern,

2. eines Groß-Schiffahrtswegs Berlin-Stettin (Wasserstraße Berlin-Hohenhausen),
 3. der Wasserstraße zwischen Oder und Weichsel, sowie der Schiffschiffstraße der Warthe von der Mündung der Nege bis Sothen,
 4. des Schiffschiffweges zwischen Schlesien und dem Oder-Spree-Kanal.
- II. Zur Beteiligung des Staats an
1. der Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder,
 2. der Verbesserung der Vorflut- und Schiffschiffverhältnisse in der unteren Havel,
 3. dem Ausbau der Spree.

Durch die geplante Verbindung der fünf großen, in die Nord- oder Dieer mündenden Ströme (Rhein, Weser, Elbe, Oder, Weichsel) untereinander wird ein leistungsfähiges Wasserstraßennetz geschaffen, das mit seinen vielfachen Verzweigungen fast das gesamte preussische Staatsgebiet umfaßt. Die Wasserstraßen sollen auch bei einem feindlichen Angriff auf die West-, Nord- und Ostgrenzen des preussischen Staats für die glückliche Durchführung des Kriegs von allergrößtem Werte sein.

Unsre Karte giebt nicht nur die sämtlichen in Betracht kommenden vorhandenen oder geplanten Linien wieder, sondern in Folge der in ihr angewendeten verschiedenartigen Signaturen läßt sie wesentliche Gesichtspunkte der Vorlagen sowie die technische Beschaffenheit der Wasserstraßen deutlich hervortreten. In dieser Hinsicht sei auf die Zeichenerklärung unten rechts verwiesen. Zunächst sind die Wasserstraßen, Flüsse sowohl wie Kanäle, ihrer Tiefe und Befahrbarkeit nach unterschieden, sodann ist zum Ausdruck gebracht, welchen Interessen die neuen Linien vorwiegend dienen werden, ob denen der Schiffsahrt oder denen der Landwirtschaft bzw. Landwirtschaft.

Reichstag.

27. Sitzung vom Mittwoch, den 16. Januar 1901, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Niemand.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung der Anträge Albrecht (Soz.), Trimbom (C.) und Dr. Hise (C.) Hohl zu Herrnsheim (natl.) und Wassermaun (natl.) betr. Abänderung des Gesetzes über die Gewerbegerichte.

Abg. Hise (C.):

Unser Antrag ist das Resultat der Beratungen der vorjährigen Kommission und wurde dort mit 15 gegen 5 Stimmen angenommen. Unter den 5 Gegnern befanden sich 4 Sozialdemokraten. Unser Ziel ist, für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gesetzliche Bestimmungen über die Formen herbeizuführen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt werden. Einen Weg zur Erreichung dieses Ziels sehen wir in dem Ausbau der Gewerbegerichte. Wünschenswert wäre besonders Ausgestaltung des Einigungsamts. Die Gewerbegerichte müssen das Recht haben, die streitenden Parteien vorzuladen. Ebenso kann die tatsächliche Tätigkeit der Gewerbegerichte erweitert werden. Sollen diese erhöhten Aufgaben aber erfüllt werden, so müssen die Gewerbegerichte in verschiedene Abteilungen geteilt werden. Die Kommission hat sich für die Dreiteilung: Fabrik, Handwerk, Handindustrie, entschieden. (Bravo! im Centrum.)

Abg. West-Heidelberg (natl.):

Was die Einzelheiten der Anträge anlangt, so wünschen auch wir die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte in Orten mit über 20000 Einwohnern. Wir begrüßen auch die Ausdehnung der sachlichen Zuständigkeit der Gewerbegerichte; nur darf diese Ausdehnung nicht zu weit gehen, speziell nicht soweit, wie die sozialdemokratischen Anträge das wollen. Die vorgeschlagenen Änderungen in der Aufstellung der Wahlkreise akzeptieren wir in der Hoffnung, daß dadurch die sozialistischen Einflüsse bei den Wahlen zum Gewerbegericht mehr in den Hintergrund gedrängt werden können. Mit großer Freude würde ich die Zulassung der Anwendung des Proportional-Wahlrechts bei den Wahlen zum Gewerbegericht, wie sie der Abg. Trimbom wünscht, begrüßen. — Durch den Ausbau der Einigungsämter der Gewerbegerichte werden wir am besten unnötige Streits verhüten. Freilich muß dann auch das Gewerbegericht das Recht bekommen, die Parteien zwangsweise vorzuladen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Gerade aber weil die Aufgaben der Gewerbegerichte so eminent wichtig sind, bin ich gegen die von den Sozialdemokraten verlangte Herabsetzung des Wahlfähers. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Oertel (C.):

Bis zu einem gewissen Grade kann auch ich die Tätigkeit der Gewerbegerichte anerkennen, so ruhig freilich, wie der Herr Redner, sehe ich die Sache nicht an. — Von den vorliegenden Anträgen ist uns der Antrag Trimbom am sympathischsten und wir werden für Ueberweisung desselben an eine Kommission stimmen. Dagegen halten wir den Antrag der Herren Albrecht und Wassermaun für unannehmbar. Das Vorhaben dieses Antrags auf obligatorische Einführung der Gewerbegerichte widerspricht dem Charakter dieser Gerichte als Sondergerichte.

Die Landarbeiter unter die Kompetenz der Gewerbegerichte zu stellen, liegt absolut kein Anlaß vor. Der Gedanke, das Gesetz ebenfals vor das Gewerbegericht zu schicken, hat für mich direkt etwas Schauerliches. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wer das Verhältnis unserer Dienstboten zu den Herrschaften kennt — wer es nicht kennt, kann sich darüber in den „fliegenden Blättern“ unterrichten — kann dies Verlangen ernsthaft nicht stellen. — Daß gerade die Sozialdemokraten das Wahlrecht der Frauen wünschen, wundert mich umso mehr nach den Erfahrungen, welche dieselben mit den Frauen — ich erinnere nur an Rosa Schwenk (Heiterkeit) — auf ihren Parteitag gemacht haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Für den Antrag Hise können wir im allgemeinen eintreten.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Meine politischen Freunde vertreten gegenüber den vorliegenden Anträgen einen der Majorität des Hauses entgegengesetzten Standpunkt. Wir können in den Gewerbegerichten keine so reichhaltige Einrichtung sehen. Die Arbeiter werden durch das Bestehen derselben nur in dem Glauben bestärkt, daß in der Sozialdemokratie, die die Wahlen zum Gewerbegericht befehligt, für sie das Heil zu suchen sei. Daher können wir auch nicht für den Antrag Trimbom eintreten, der obligatorische Einführung der Gewerbegerichte in den Städten mit über 20000 Einwohnern verlangt. — Wenn die Arbeitgeber es so machen würden, wie Herr v. Stumm, so würden Strafsachen überhaupt nicht vorkommen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Mein Freund v. Stumm erhöht aber stets rechtzeitig die Löhne und ist überhaupt täglich zwei Stunden für jeden Arbeiter zu sprechen. Ein solches Vorgehen würde viel mehr zur Förderung des sozialen Friedens beitragen als der Ausbau der Gewerbegerichte. Es geht mit unserer Sozialpolitik ohnehin schon in so rasender Fahrt vorwärts, daß es ein Unglück giebt, wenn man nicht bremst. (Große Heiterkeit links.) Ich hoffe, die vorliegenden Anträge werden keinen praktischen Erfolg haben.

Abg. Jubell (Soz.):

Was die rasende Fahrt in sozialpolitischer Hinsicht anlangt, so will ich Herrn von Kardorff nur bemerken, wenn wir eine so rasende sozialpolitische Fahrt hätten, wie die Karawane in rasender Fahrt Lebensmittelzölle, Fleischeinfuhr-Verbote usw. erreichen, dann könnten wir sehr zufrieden sein. (Lachen rechts.) Wir fordern, daß die Gewerbegerichte obligatorisch werden, damit die Arbeiter, die sich jetzt bald an sie, bald an die Innungsgerichte, bald an die Polizei, bald an die Gemeindebehörden, bald an die Amts- und Landgerichte wenden müssen, manchmal sogar erst im Verwaltungsstreitverfahren ihre aus dem Arbeitsverhältnis entspringenden Streitigkeiten regeln können, eine einzige Stelle erhalten, an die sie sich wenden können. Auf die Länge wird sich der Widerstand gegen das Obligatorium nicht aufrecht erhalten lassen. Die Arbeitgeber, die die Herren Dr. Oertel und v. Kardorff vertreten, werden sich freilich niemals mit den Gewerbegerichten befreunden können, weil diese Gerichte auf der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern beruhen.

Wie sehr die Unternehmer den Wert der Gewerbegerichte auch für sich erkannt haben, geht aus folgenden Zahlen über die Inanspruchnahme des Kölner Gewerbegerichts hervor: 1892/93 wurde es von 14 Arbeitgebern in Anspruch genommen, 1894/95 von 46, 1898/99 von 234 Arbeitgebern mit ca. 75 Proz. der eingereichten Klagen. Herr Trimbom wies auf die Schwierigkeit des Obligatoriums hin, aber sein Parteigenosse Hise hat heute

selbst erwähnt, daß in München-Gladbach das Gewerbegericht auf den ganzen Handelskammerbezirk ausgedehnt worden ist. Wenn das Obligatorium auf diesem Wege eingeführt würde, so hätten wir nichts dagegen einzuwenden. Die von Trimbom beantragte Einführung der Gewerbegerichte in Gemeinden von über 20000 Einwohnern bedeutet ja einen gewissen Fortschritt, aber auch dann würde ein großer Teil industriereicher Bezirke ohne Gewerbegericht bleiben. Ich erinnere an die Industrie-Dörfer im Leipziger Landbezirk, an Köpenick mit seinen 2400 Arbeitern, an Lodenwalde und manche Berliner Vororte. In Reichensbach im Voigtlande haben die Arbeiter vergebens um die Errichtung eines Gewerbegerichts wiederholt bei den Behörden petitioniert. Jetzt haben die Behörden an die Unternehmer, also ganz einseitig, einen Fragebogen mit den Fragen verschickt: 1. Sind Sie für Errichtung eines Gewerbegerichts? 2. Aus welchen Gründen? 3. Im Fall einer Verneinung der ersten Frage: Weshalb halten Sie die Einrichtung der Gewerbegerichte nicht für zweckmäßig? Selbstverständlich wird bei solcher Fragestellung die Antwort wieder verneinend ausfallen.

Daß die Rechte unsern Antrag ablehnen würde, stand bei uns von vornherein fest. Er geht ja von Sozialdemokraten aus, und die Sozialdemokraten wollen ja nur „heulen“. Das würde uns aber nicht beirren, die Ausdehnung der Gewerbegerichte für die Arbeiter in der Forst- und Landwirtschaft, in der Fischerei und für das dienende Personal zu verlangen. Denken Sie nur an die unglückliche Stellung der Gärtnergehilfen, die einmal als Landarbeiter gelten, sobald sie aber dazu verwendet werden, Blumen oder Gemüse auf den Markt zu bringen, unter die Handlungsgehilfen fallen und dann dem Gewerbegericht unterstehen. Daß eine große Zahl Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis auch auf dem platten Lande entstehen, wird selbst Herr Dr. Oertel zugaben müssen. Jetzt aber haben die Landarbeiter nur den schwierigen, langwierigen Weg zum Amtsgericht. Häufig fehlen ihnen die Mittel und die Kenntnisse für Klagen, und sie müssen deshalb auf ihr Recht verzichten. Sollte auch unser Antrag heute abgelehnt werden, das Centrum wird doch im Laufe der Jahre mit Rücksicht auf seine ländlichen Wähler gezwungen sein, sich diesem Standpunkt anzuschließen. Recht geschnadvoll waren Herrn Dr. Oertels Aeußerungen über das dienende Personal, seine Worte von den „Berliner Pflanzen“ und den „dicken Köchinnen“. Herr Dr. Oertel, was würden Sie und Ihre Gemahlin anfangen, wenn das von Ihnen so geschnadvoll bezeichnete Küchen- und Dienpersonal einmal freilich werden würde. (Heiterkeit.) Solche Aeußerungen würden, wenn sie den Dienstboten bekannt würden, ihnen die Augen öffnen und ihnen beweisen, wo die Ausbeutung und elende Behandlung des Dienstpersonals zu finden ist!

Herr Trimbom hat eingesehen, daß die Dienstboten mit ihren Streitigkeiten vor die Gewerbegerichte gehören. Um so sonderbarer muß es bedauern, daß er unsern Antrag, auch die Mietsstreitigkeiten, die aus dem Arbeitsverhältnis entspringen, vor das Gewerbegericht zu bringen, gar nicht verstanden hat. Herr Trimbom hat die Amtsrichter sehr gelobt und sie Vollrichter genannt. Im Volke heißen sie ganz anders. Die ungeheure Langsamkeit des Verfahrens vor den Amtsgerichten wird von allen Seiten beklagt. Die Amtsgerichte sind überbürdet. Unsere Vorschläge werden sie entlasten. Außerdem haben die Gewerbegerichte den Vorzug, daß das Wahlverfahren ein anderes ist, wie zu den Schöffengerichten, daher wollen wir auch die Streitigkeiten der kaufmännischen An-

gestalten vor das Gewerbegericht vertiefen wissen. Höchstens könnten geforderte Nummern für sie eingerichtet werden. Als einen Versuch gegen die guten Sitten, der vor dem Gewerbegericht abgeurteilt werden muß, betrachten wir zum Beispiel die schwarzen Listen der Arbeitgeber. Vor einigen Jahren fand hier ein großer Arbeiter-Streik statt. Nach drei Jahre nach diesem Streik wurden alle Arbeiter, die in den Listen der Unternehmer mit drei Kreuzen versehen waren, von keinem Arbeitgeber dieses Gewerbes angeestellt. Ebenso beurteilen wir die Konkurrenzklause, zu deren Annahme die Arbeiter in Zeiten von Arbeitslosigkeit leider häufig gezwungen werden. Unsere Anträge in Bezug auf Herabsetzung des Wahlrechts sollen nur anläßlich nach außen wirken. Wir haben aber schon stets verlangt, daß allen Arbeitern von 21 Jahren das aktive Wahlrecht überhaupt gegeben werden möchte, denn mit 21 Jahren wird jeder Arbeiter mündig und kann seine bürgerlichen Angelegenheiten selbst ordnen. In einzelnen Bundesstaaten haben auch die Arbeiter mit 21 Jahren das Recht, ihre Vertreter in die kantonalen und kommunalen Körperschaften zu entsenden. In China Kultur zu verbreiten, dafür halten Sie die jungen Leute für alt genug, aber um zu den Gewerbegerichten zu wählen, sollen sie zu jung sein. Das passive Wahlrecht soll mit fünfzig Jahren eintreten. In diesem Alter ist die große Mehrzahl der gewerblich tätigen Arbeiter bereits elf Jahre lang im Beruf und hat daher ein ausreichendes Urteil über die beruflichen Verhältnisse. Wir verlangen weiter die Abschaffung der Innungs-Schiedsgerichte. Die Urteile dieses Schiedsgerichts sind durchweg sehr partiell. Ich will ein Kuriosum anführen. Ein Werkmeister hatte den Obermeister einer Gelbgießer-Innung verklagt. Als das Schiedsgericht zusammenberufen werden sollte, wurden dazu nicht die eben neu gewählten Beisitzer eingeladen, weil zu ihnen schon sozialdemokratische fortgeschrittene Geistes gehörten, sondern die alten Beisitzer, deren Mandate schon längst abgelaufen waren. Als ein Beisitzer den Obermeister schließlich auf diesen Umstand aufmerksam machte, antwortete dieser kühn und frei: Kommen Sie nur hin, der Assessor wird schon mit unsren Vorschlägen einverstanden sein. Das war auch der Fall, und der Werkmeister wurde von dem so zusammengelegten Schiedsgericht verurteilt. (Hört! hört! b. d. Soc.) Charakteristisch ist auch der folgende Fall: Ein Schlossermeister wurde verklagt, in einem Fall 90 M., in einem andern 64 M. zu zahlen und erklärte sich bereit, 30 M. davon zu zahlen. Antilich ließ sich der Kläger darauf nicht ein. Das Innungs-Schiedsgericht kam aber plötzlich zu dem merkwürdigen Urteil, die Klage sei abzuweisen, weil nicht genügend Beweise erhoben werden könnten. So wurde der Kläger in die Kosten verurteilt und abgewiesen.

Herner verlangen wir das aktive und passive Wahlrecht für Frauen. Im vorigen Jahre sind 2500 Klagen von Arbeiterinnen vor dem hiesigen Gewerbegericht durch Männer entschieden worden. Herr Trimborn meinte, die Arbeiterinnen seien mit dem jetzigen Zustande ganz zufrieden. Es liegen aber eine ganze Reihe von Petitionen, auch von bürgerlichen Frauenvereinen, vor, die das Wahlrecht für die Frauen verlangen. Ueber die Verhältnisse in der

Textil- und Wäsche-Industrie z. B. sind auch die Frauen viel besser zum Urteil befähigt. In den Einigungsämtern, deren Ausbau wir wünschen, sehen wir die Möglichkeit, Streiks schon im Keime beizulegen. Wenn dies ermöglicht werden sollte, muß aber der Vorsitzende das Recht haben, die Parteien zwingen zu können, vor dem Gewerbegericht zu erscheinen und auf Verlangen Anträge zu erteilen. Falls eine Partei nicht erscheint, müßte sie mindestens 1000 M. Buße zahlen, 100 M., wie sie das Centrum verlangt, bedeutet für die meisten Arbeitgeber gar nichts. Der Verband der Metallindustriellen erhebt 3000 M. Konventionalstrafe von seinen Mitgliedern, die gegen seine Anordnungen handeln. Gewerbegerichte müssen weiter das Recht bekommen, Gutachten zu erteilen und Petitionen, z. B. auch an den Reichstag, zu richten. Als bei Gelegenheit der Justizhausvorlage eine Petition seitens des Berliner Gewerbegerichts an den Reichstag gehen sollte, hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg das Gewerbegericht 16 Monate auf eine Antwort warten lassen, bis er erklärte, das Gewerbegericht hätte kein Recht, Petitionen an gesetzgebende Körperschaften abzugeben, sondern nur an Behörden. Ich erinnere auch an die Vorgänge, die sich jetzt vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts ereignet haben. Der Verband der Holzindustriellen hat dort erklärt, selbst, wenn das Einigungsamt zu einem Schiedspruch kommen sollte, würde es sich demselben unter keinen Umständen unterwerfen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch ein Beweis dafür, wie machtlos heute die Gewerbegerichte noch sind! Ich bitte Sie also, unsere Anträge anzunehmen. Eine Kommissionsberatung ist jetzt ganz zwecklos. Im vorigen Jahre hat die Kommission schon einen vollständigen Gesetz-Entwurf ausgearbeitet, als die Session geschlossen wurde. Dasselbe würde jetzt geschehen und wir hätten dann wieder umsonst gearbeitet. Wenn Sie auch heute wieder unsere Anträge ablehnen, so bin ich doch überzeugt, daß Sie in nicht allzu ferner Zeit gezwungen sein werden, die Wünsche der Arbeiter in Bezug auf die Gewerbegerichte zu erfüllen! (Beifall und Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Münch-Ferber (nall.): Auch wir wollen die Sozialpolitik fördern und dies bezwecken unsere Anträge zum Ausbau der Gewerbegerichte. Alle Streiks und Streikaktionen werden ja dadurch nicht aus der Welt geschaffen werden, aber eine wesentliche Förderung des sozialen Friedens wird hoffentlich doch erreicht werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Wiede-Dessau (widdl.): Die Forderungen der Sozialdemokraten gehen vielfach über das Ziel hinaus. Für die Anträge des Centrums und der Nationalliberalen ist erfreulichweise die große Majorität des Reichstages. Die Herren Freilistenpartei, die anderer Meinung sind, gehören einer längst vergangenen Epoche an, über sie gehen wir einfach zur Tagesordnung über. — Ob wir die Angelegenheit im Plenum erledigen, wie Herr Jüdel wünscht, oder in einer Kommission, ist ziemlich gleichgültig. Schließlich sind wir doch abhängig von der Stellungnahme der Regierung. Damit schließt die Diskussion.

Das Schlußwort zu dem Antrag Albrecht erhält Abg. Nolenow (Soc.): Herr v. Kardorff meinte, es kämen bei Herrn v. Stumm keine Streiks vor, weil er stets rechtzeitig die Löhne erhöhe. Der wirkliche Grund liegt aber jedenfalls darin, daß seine Arbeiter sich in solcher Abhängigkeit von ihm befinden, daß sie es gar nicht wagen können, in eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse einzutreten. Herr v. Kardorff sprach weiter von der rasenden Fahrt unseres sozialpolitischen Wagens. Ich würde unsere Sozialpolitik lieber mit einer gemäßigten Postkutsche alten Schlages vergleichen, die recht viel Haltestellen hat und jeden Augenblick reparaturbedürftig ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Ich verstehe nicht, weshalb sich Herr Trimborn gegen die Erteilung des Wahlrechts an die Frauen aufspricht. Hat doch die letzte Generalversammlung der katholischen Deutschlands den Beschluß gefaßt, der Frauenbewegung, insbesondere der gewerblichen Tätigkeit der Frauen sei eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. — Wenn man anerkennt, daß die Frauen gezwungen sind, sich immer mehr in den wirtschaftlichen Kampf zu fügen, dann muß man ihnen auch erhöhte Rechte zuerkennen. Es giebt eine große Reihe von Arbeitsverhältnissen, in denen die Frauen sogar besser Bescheid wissen wie die Männer.

Aufser Antrag, auch die Streitigkeiten der Kaufleute den Gewerbegerichten zu überweisen, hat Widerspruch gefunden. Unser Vorschlag hat aber den großen Vorzug, daß die Vorsitzenden in den Gewerbegerichten über die Verhältnisse dieses Berufs genau unterrichtet sind, während dies bei den ordentlichen Gerichten vielfach nicht der Fall ist.

Die Rechtsanschauung der Unternehmer überträgt sich unwillkürlich auf die denselben Kreisen angehörenden oder nahestehenden Richter. Das ist der innere Grund, weshalb die Arbeiter am Richteramt in den Gewerbegerichten beteiligt worden sind. Das trifft auch für die kaufmännischen Angestellten zu. Die kaufmännischen Schiedsgerichte dürfen nicht den Amtsgerichten sondern müssen den Gewerbegerichten angegliedert werden. Beschäftigt ein Geschäft Arbeiter und kaufmännische Angestellte, so kann leicht der Fall eintreten, daß der Beklagte wegen derselben Angelegenheit vor dem Amtsgericht oder dem ihm angegliederten kaufmännischen Schiedsgericht und vor dem Gewerbegericht zu erscheinen hat. Das hat sehr mißliche. Werden die kaufmännischen Schiedsgerichte den Gewerbegerichten nicht angeschlossen, so können sie sich nicht entwickeln. Wir hoffen mit Zuversicht auf den tatsächlichen Sieg unserer Anschauungen über die Gewerbegerichte. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Anträge Albrecht (Soc.) und Trimborn (C.) werden hierauf einstimmig einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Die Resolution Gise-Vosslermann wird gegen die Stimmen eines Teils der Rechten angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. Fortsetzung der 2. Lesung der Etats des Reichsamts des Innern.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Für den Inhalt der Anträge übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 17. Januar.
Opernhaus. Fidello. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Heuburg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Richter von Palmira. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Die die Blätter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft (1. Teil). Anfang 7 1/2 Uhr.
Meißens. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Liebesprobe. Darauf: Die Gond. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wehen. Der Wasserschmid. Die schöne Galathee. Anf. 7 1/2 Uhr.
Central. Die Schöne von New York. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne. Der Leislatz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Welt in der man sich langweilt. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Oberheizer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Der Brandstifter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Lilien. Arty-Party. Anfang 8 Uhr.
Welle. Alliance. Schuster und Teufel. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Sittlicher Sängerkreis. Anfang 8 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-D-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theaterlokal) Abends 8 Uhr: „Auf den Wogen des Ozeans.“ Im Hörsaal: „Acetylen und andre moderne Lichtspender.“ Dr. Nass. Anfang 8 Uhr.

Central-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:
Die Schöne von New York.
(The belle of New York.)
Burleske Operette in 3 Akten v. Benno Jacobson. Musik von Gustav Kerster.
Morgen und folgende Tage:
Die Schöne von New York.
Sonntagmorgen 3 Uhr zu halb. Briefen:
Die Gelbsa. — Abends 7 1/2 Uhr:
Die Schöne von New York.
Phänomenaler Erfolg:
Valentine Petit
Helene Gérard • Rachettas
Minstrels parisiens
Salambos • Miss Zelia
Quartett Légay • Rob. Steidl
Meisters Kosmograph: Chinabilder.
Des Löwen Erwachen.
Kom. Operette in 1 Akt v. J. Brandt.
Anfang 8 Uhr.

URANIA

Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Donnerstagsabend 8 Uhr:
Auf den Wogen des Ozeans.
Im Hörsaal:
Dr. Nass: Acetylen und andre moderne Lichtspender.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Grosse Weihnachts-Ausstellung!
Die „Trinklust“ der Germanen, sensationelle plastische Gruppen aus Deutschlands Vorzeiten!
Kriegstrophäen aus Transvaal. Damenkapelle Zarina. Die wilden Weiber aus Dahomey u. vieles andre mehr!

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Das durchweg neue und phänomenale Jänner-Programm!
9 Uhr: Neu!
Eine tolle Nacht!
Voffe mit Gesang in 2 Akten von Käno. Hoch, Volkmund: Dir. Rich. Winkler. Cecil St. Gormal und Mlle. Theresse. Neu! Im Reich der Illusion! Neu! The 3 Hansons, faunischergebende Kraft-Produktionen.
Dazu 12 Schau-Nummern 1. Rang.
Anfang: Sonntag 7 Uhr. Wochentags 7 1/2 Uhr. Entrée 50 Pf.

Sanssouci

Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sängerkreis.
Nach jeder Suite:
Tanzkränzchen.
 Lustige Vagabonden.

Reichshallen

Stettiner Sängerkreis.
Zum Schluß: Weihnachts- in China. Nur noch kurze Zeit. Anfang 8 Uhr. Militär-Konzert.

Cirkus Schumann.

Heute Donnerstag, den 17. Januar 1901, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend. Gala-Programm.
Zum 117. Male: Ein Sensationsausflug erlen Rang: 600 Mitwirkende. Vermerbung des ganzen Markhalls. Samtl. Einlagen.
China.
Ganz neue Wassersekte. Feenhalle. Ueberraste. Verführung der neusten Bilder aus China durch den Kinetographen. — Vorher: 12 der hervorragendsten Nummern. Aufzutreten sämtlicher neu engagierten Spezialitäten. Direktor Albert Schumann anerkannt unerreicht dastehende Original-Dressuren.

Max Kliems Festsäle

Hasenheide 13-15.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Gr. humoristische Soiree d. Norddeutschen Sängerkreis.
(Zimmermann, Steinhardt, Stangenberg).
Anfang 7 Uhr. — In den alten Sälen von 4 Uhr ab: Ball. Empfehlung meine Säle, 1200, 1010 und 500 Personen fassend. Vereinen und Gesellschaften. [575L*] Max Klum.

Wo amüsiert man sich grossartig?
Hasenheide 21 und Jahnstr. 8 in Schlegelsbergers Festsälen. Anf. Max Schneider. — Telefon: Amt IV 4 Nr. 8002. — Serie: Grosser Ball. als Spezialität: 3 Cigarren- und echten Weichselspitzen-Regen & verbunden mit Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Ueberraschungen. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entrée frei.
Sonntag, den 27. Januar:
Blünderung des Riesen-Weihnachtsbaums.

Theater Grand-Hotel

Alexander-Platz.
Budapester Poffen- und Operetten-Ensemble.
Folies Caprice.
Jackl Gelger, Lebensbild.
Ein Don Juan in tausend Aengsten, Poffe.
Pinkas & Comp., Burleske. Anf. 7 1/2 Uhr. Entrée 60 Pf. inkl. Gard.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.
Täglich:
4 ausländische Kapellen 4
Gr. Theater-Vorstellung.

Passage-Panopticum.

Die zusammengekauften Zwillinge.
Die 12 unverbrennb. Fakire
Eintritt einschließl. Theater 50 Pf.

Masken-Garderobe

von 5642
Carl Ernst, Köpnickstr. 126.
Größte Auswahl! Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Annonce erh. 10 Proz. Preisermäßigung.

Sterbe-Kasse

ehem. Pflugscher Arbeiter
Hetzelsche Kasse.
General-Versammlung
Sonntag, den 27. Januar, vorm. 10 Uhr.
in Rümmerstr. 188.
Tagesordnung:
1. Beriefung des Protokolls der General-Versammlung vom 22. Juli 1900. 2. Kassendbericht des Kassendanten pro 1900 und Bericht der Revisoren. 3. Beriefung der Kassendangelegenheiten. 4. Wahl des 1. Vorsitzenden, Kassendanten und 2. Schriftführers. 5. Wahl von drei Revisoren. 21106
Der Vorstand. Otto Winkler.
Das Mitgliedbuch legitimiert.

Herrenstoffe

zum Anzug 3 m 140 cm breit für 3, 6, 7, 50, 9 Mark.
Stoffe Herren-Hosen 2, 2, 50, 3 Mark.
Elegante feinste Tuch-Kammgarn- 4 Mark.
Der Wert mehr als das Doppelte.
Ja fertige solche auch kostbillig unter garantiert abgelieferten Stücken.
Ohne Konkurrenz!
Eigene Schneiderwerk im Hause.
A. Priester, Gr. Frankfurter Strasse 40.

Künstliche Zähne.

Garantiert schmerzlos.
Zahn- u. Wurzel-Operationen, Plomben etc.
Zähne 1a von 1,00 an. Prima Plomben v. 2,00 an. Lang. Garantie.
Genehme Zahlungsbedingungen.
Bruno Steffens, Reanderstr. 21 (Kunsth.)

Möbelstoffe!!

aus alle Qualit. letzten billig!
Gelegenheitskauf:
Mocquett-Plüsch 5, 35 M.
per Meter (130 Centimeter breit).
Wunder bei naber. Kagabe franco.
Berlin S., Emil Lefevre, Cranienstr. 158.
Gold u. Silberne Medaille Paris 1900
Kein Ruster mehr!
Asthma
Die Heilkraft von Pohl's Brombeerswein ist erprobt bei Asthma, Lungenleiden, Bronchialkatarrh, Atemnot, Geistesreiz, Aufregung, Verschleimung, Schilddrüsenleiden, Krämpfe im Hals, Nervenleiden, Inkontinenz, Erschlaffung und Schwäche, Kräfte empfinden. Preis per Flasche 1 Mark, 10 Pf. 9 Mark. — Brombeersbonbons wahlweise nach 1/2 Scheitel, 1/4, 1/8, 30 Pf. Für Kinder empfehle gleichartig.
Brombeersaft gegen Rheumatische Schwäche; in 50, 30 Pf. und 1 Mark. Fabrikant Georg Pohl, Berlin, Brunnenstrasse 157, Postkarte, sonst nirgendwo weiter. 5000*

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Eine tolle Nacht.
Berliner Kasinostück.
Das sensat. Debut der American Zouaven und das vollständig neue Jänner-Specialitäten-Programm. Anfang 1/8 Uhr, der „Tollen Nacht“ 1/9 Uhr. Räumchen in allen Rängen gestattet.
Sonntagabend, 19. Januar:
Zweiter grosser Metropol-Theater-Ball.
Der Cirkus ist auf geht und vor Zug gefahrt.

Cirkus Busch

Donnerstag, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Abend.
Zum 50. Male:
Die eiserne Maske.
Gr. historisches Range-Schauspiel in 4 Akten und 5 Hauptrollen.
Original-Pantomime des Cirkus Busch. — Besonders hervorzuheben: Eine veritable Felsenjagd und Eine sechshöcker Soldat mit der Wanderfontaine.
Vorher Auftreten der neu engagierten Künstler. Außerdem Circus-Kavallerien, große Canardrie auf 16 Schiessperden.
Sonntag, 20. Januar, nachmittags 4 Uhr: „Berliner Landpartien“, dazu jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Donnerstagsabend 8 Uhr:
Die Welt, in der man sich langweilt.
Festspiel in 3 Akten von E. Volkeron. Deutsch von Tubien und Wittmann.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Haschelnbauer.
Sonabendabend 8 Uhr:
Freiwild.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Sonntagabend 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Der Brandstifter.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Die Anne-Lise.
Sonabendnachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, keine Preise:
Tausend und eine Nacht.

Thalia-Theater

Tredenerstr. 72.
Heute und folgende Tage Amor von heute.
Gr. Kasinostück in 5 Akten v. Franz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss-Theater Gr. Frankfurterstr. 132.
Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Die Anne-Lise.
Sonabendnachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, keine Preise:
Tausend und eine Nacht.

Achtung! I. Wahlkreis. Achtung!
Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Heute, Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
 in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichshain Nr. 35:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Das Placat der nationalsozialen Bewegung. Referent Reichstags-
 Abgeordneter Genosse **Heinrich Peus.**
 Die Führer der nationalsozialen Partei sind zu dieser Versammlung
 herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Verein
für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Freitag, den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr,
General-Versammlung
 im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstands, des Kassierers und der Revisoren 2. Vereins-
 angelegenheiten. 245/1*
 Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.
 Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Centralverein der Bildhauer.
 Freitag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engel-Hof 15 (großer Saal): 20/2

Ausserordentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung: Antrag, eine Unterstützung von 10 Mark
 pro Woche für die Monate Januar und Februar an sämtliche arbeitslosen
 Kollegen zu zahlen.
Der Vorstand.

Rixdorf.
Socialdemokratischer Wahlverein.
 Die Parteigenossen werden ersucht, die rüchständigen
 Beiträge des ehemaligen Vereins „Vorwärts“ bis spätestens
 10. Februar in folgenden Zahlstellen zu regulieren:
 Köplich, Karlsplatzstr. 9. Neherau, Hermannstr. 50. Jibell,
 Reuterstr. 54. Münger, Steinmetzstr. 6. G. Reisinger, Herrmann,
 Kirchstr. 1. Breit, Rosenstr. 24. Beck, Anleiderstr. 135. Pfeiler,
 Reuterstr. 60. Sohn, Hermannstr. 10. Gähler, Köplichstr. 39. Partei,
 Schönweiderstr. 9. Schulz, Beigstr. 81. Grunewald, Richardstr. 112.
 Stangenberg, Kottbuser Damm 99. 232/2
 Es ist Pflicht eines jeden sich zur socialdemokratischen Partei
 rechnenden Arbeiters, dem Verein beizutreten, um jederzeit zum
 Kampf gerüstet zu sein.
Der Vorstand.

Bauhandwerker Krankenkasse zu Berlin
 und Umgegend. (Eingeschr. Hilfskasse No. 118.)
 Sonntag, den 3. Februar, vormittags Punkt 10 Uhr,
 bei Herrn Schulz, Grenadierstr. 33:

Ordentl. Generalversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstands und Kassierers. 2. Abrechnung des Kassierers
 und Revisionsbericht. 3. Erwahlung des Vorstands (1. Kassierer, 2. Vor-
 sitzender, 2. Beisitzer und 4. Ersatzmänner). 4. Wahl des Ausschusses und
 4. Ersatzmänner. 5. Innerer Kassierersangelegenheiten. 236/1
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Mitgliedsbuch legitimiert!
Der Vorstand.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die nächste Wedding und
 Geburten von Schumann nach Wietzenstr. 27 bei Pöschner, ver-
 legt ist.

Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen
beschäft. Arbeiter Berlins u. Umgeg.
 Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in H. Flebigs
 Festsälen, Gr. Frankfurterstr. 28:

Außerordentliche General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Fortsetzung der letzten Generalversammlung. 82/2
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und ist das Mitgliedsbuch
 vorzulegen, sonst kein Zutritt.
Der Vorstand.

Verein der Tischler Berlins u. Umgegend
 (Vertrauensmänner-Centralisation).
 Freitag, den 18. d. M., abends 8 Uhr, bei V. Keller (II. Saal),
 Köpenickerstr. 29:

General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstands, Kassierers und der Revisions-Kommission.
 2. Der Spruch des Ehrengamts. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert. (189/3*)
Der Vorstand.

Kleber (Tapezierer).
 Freitag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, bei Herrn Jannasch,
 Juchstr. 10:

Gr. öffentliche Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Wie stellen sich die Berliner Kleber zur Festlegung des Tarifs mit
 der Innung, eventuell zur Lohnbewegung? Referent Kollege Straßer.
 2. Diskussion. 101/1
Die Lohnkommission.

Achtung, Goldschmittmacher!
 Morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engel-Hof Nr. 15:

Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Konrad über: Konsumgenossenschaften.
 2. Beschlüsse. 23/4
Der Vertrauensmann.

Feuersteins Fest-Säle, Alte Jacobstr. 75.
 Große und kleine Fest-Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten stehen
 den Herrinnen zur Verfügung. Jeden Sonntag: Öffentlicher Tanz

Lichtbilder + Frauen-Vortrag
 Morgen, Freitag, ab. 8 1/2 Uhr, in der Friedrichshain Nr. 35, Stechert.
 Gäste 20 Pf., 1 Broschüre
 Frau Naturheilk. Grundmann
 über: Schwangerschaft, Geschlechtsleben und Leiden.
Großer Berliner Naturheil-Verein.
 Sprechst. 11-2, 6-8 im Kurbad Köpenickerstr. 72. Brüden- u. Reanderstr.-Ecke.

Ein wertvolles Geschenk für die Mutter
 ist ein Paket **Karol Weils Seifenextrakt**, die
 beste Seife in Pulverform. Es erhält ihr die gute Laune
 am Waschtage, weil es ihr die Arbeit erleichtert, die
 Wäsche blendend weiss macht und schon. Einmal ver-
 sucht, immer gebraucht. Man verlange ausdrücklich
Karol Weils Seifenextrakt und nehme nichts andres.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Heute, Donnerstagabend 8 1/2 Uhr, im Saale der Brauerei
 Friedrichshain, am Friedrichshain:
Vertrauensmänner-Versammlung
 für sämtliche Bezirke.
Jede Werkkass muß vertreten sein.
 Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert.
Die Ortsverwaltung.
 76/17

Freie Volksbühne.
General-Versammlung
 Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, in
 Cohns Festsälen, Beuthstrasse No. 19:
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag: Herr **Fritz Stahl** über:
 „Die bildende Kunst und das Volk.“
 2. Geschäfts- u. Kassenbericht. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erbitet.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.
VI. Abteilung
 im Carl Weiss-Theater Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 2 1/4 Uhr:
Lumpacivagabundus.
 Die Mitglieder sind verpflichtet, pünktlich zu erscheinen
 und dürfen nur die Vorstellung ihrer Abteilung
 besuchen. Nachzügler haben kein Anrecht auf
 einen Platz im Theater. 223/3
Achtung! Ordner-Sitzung Donnerstag, den
 17. Januar, im Gewerkschaftshaus (Zimmer 3).

Arbeiter-Bildungs-Schule.
 Sonnabend, den 19. Januar 1901, in den Gesamtträumen des
 Böhmisches Brauhauses, Landsberger Allee 11-13

Künstler-Konzert
 zur Feier des zehnten Stiftungsfestes.
 Mitwirkende:
Berliner Sinfonie-Orchester
 Dirigent: Herr Moser.
 Prolog
 Herr Franz Stahl.
 Recitation:
 Herr Friedrich Moest.
 Festrede
 Herr Dr. Karl Liebknecht.

Auszug aus dem Programm:
 Ouvertüre „Meeresstille und glückliche Fahrt“ . . . Felix Mendelssohn-Bartholdy.
 Sinfonie H-moll (unvollendet) Franz Schubert.
 Eröffnung 7 Uhr. — Billets 50 Pf. — Abendkasse findet nicht statt.
 Rauchen nicht gestattet.
 Die Saalthüren bleiben während der Vorstellung geschlossen.
 Nach dem Konzert in beiden Sälen: **Tanz.**

Beerdigungs-Verein Berliner Zimmerleute
 Sonnabend, den 20. Januar 1901,
 in Stecherts Festsälen, Andreasstraße 21:

Grosser Wiener Maskenball.
 Die Mitglieder, Freunde und Gönner unseres Vereins werden gütlich
 eingeladen, recht zahlreich zu erscheinen.
 Billets a 50 Pf sind vorher bei den unterzeichneten Komittemitgliedern
 zu haben: Kleib, Rosenstr. 22, I. St. 2 Tr.; Vöberson, Neue Königstr. 18;
 Kraft, Brauner 19, Querge. 4 Tr.; Brunzel, Wilsnaderstr. 61, St. 3 Tr.;
 Schneider, Jochenstr. 35, 3 Tr.; Petermann, Reindendorferstr. 65, 4 Tr.;
 Wahn, Giesendamm 31, 2 Tr.; Giese, Goldemannstr. 52, 1 Tr. Außerdem
 bei Herrn Sandelom, Langestr. 13 im Restaurant, und Herrn Schmidt
 Mühlhauserstr. 29 im Restaurant. Anfang 8 1/2 Uhr
 259/1
Das Komitee. J. K.: August Kleib, Rosenstr. 22

Mühlhauser Geld-Lotterie
 in Thüringen zur Wiederherstellung der Marienkirche
17597 Gewinne im Betrage von
473000 Mark.
 584L*) Die Hauptgewinne sind
10 000-50 000-20 000-10 000 Mk. etc.
 Original-Lose a 3.30 Mk. (Porto u. Liste 30 Pf.
 extra) empfehlen und versenden auch gegen Nach-
 nahme, Coupons und Briefmarken
Ziehung 25. Jan. u. folgende Tage.
Neubauer & Co. Bank-Berlin W.,
 geschäft Friedrichstr. 108/109,
 Ecke Krausenstr.
 Telegr.-Adr.: Millionstecke.

Zähne 1,50 M. Zahnziehen mit Cocala 75 Pf. Plomben 1 M. Zahnärzt.
 Institut Leipzigerstr. 130. Hof II. Spr. 9-7 Uhr.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlsruherstrasse.
 Sonntag 7 Uhr. Für erstklassige. Direktion:
 Sonntag 5 Uhr. Specialitäten. J. M. Hätt.
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Danksagung.
 Für die vielen Kranzspenden bei der
 Beerdigung meiner lieben Frau und
 unsern guten Mutter sagen wir allen
 Freunden, Bekannten und Verwandten
 unsern tiefen Dank.
 21115 Carl Weitz nebst Kindern.

Krankentasse
 der
Sutmachergehilfen
 zu Berlin.
 (Eingetragene Hilfskasse Nr. 67)
Generalversammlung
 Montag, den 21. Jan. 1901, abends
 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn H. Feind.
 Weichstr. 11. 1995/5
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht. 2. Vorstandswahl.
 3. Wahl der Revisoren und Krankens-
 kontrollen. 4. Verschiedenes.
 Um pünktliches Erscheinen bitten
Der Vorstand. Otto Tschoppe.

Herren-Vortrag
Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10.
 über: „Sogenannte unheilbare Männer-
 leiden“ Donnerstag 17. Jan., abends
 9 Uhr, in den Fortuna-Sälen,
 Straußbergerstr. 3. Nur Herren. Eintritt
 frei! Keine Teilerkennung. (2107b)
 Empfehle allen Freunden u. Bekannten
 mein **Weiss-Bayrischbier** und
gr. Speisegeschäft. Reich-
 haltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag
 mit Bier 50 Pf. sowie Abendessen à la
 carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer
 mit Klavier für 20-30 Personen. *
H. Stramm, Reif. Ritterstr. 123.

Herren-Vortrag
Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10.
 über: „Sogenannte unheilbare Männer-
 leiden“ Donnerstag 17. Jan., abends
 9 Uhr, in den Fortuna-Sälen,
 Straußbergerstr. 3. Nur Herren. Eintritt
 frei! Keine Teilerkennung. (2107b)
 Empfehle allen Freunden u. Bekannten
 mein **Weiss-Bayrischbier** und
gr. Speisegeschäft. Reich-
 haltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag
 mit Bier 50 Pf. sowie Abendessen à la
 carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer
 mit Klavier für 20-30 Personen. *
H. Stramm, Reif. Ritterstr. 123.

Orts-Krankenkasse
der Gastwirte
 u. verwandter Gewerbe zu Berlin.
Ausserordentliche
General-Versammlung
 der gewählten Vertreter der Kasse
 am Freitag, den 25. Januar 1901,
 nach 8 1/2 Uhr im „Fürstentel“
 (Zuh. u. S. 10), Köpenickerstr. 137/33.
 Tages-Ordnung:
 1. Bestätigung der Wahl des Kassen-
 verbandes. 2. Bestätigung der
 einen Antrag auf Verlängerung der
 Gehaltszahlung an die Ehefrau des
 verstorbenen Vorstandes. 3. Erledigung
 der Anträge des Vereins der Gast-
 wirte zc. mit weißlicher Bedienung
 vom 20. November 1900. 4. Mit-
 teilungen des Vorstands über all-
 gemein wichtige Kassenangelegenheiten.
 Berlin, den 16. Januar 1901.
 270/5 **Der Vorstand.**
 Poppe, Kassier. Kraußhaar,
 Vorhender. Schriftführer.

Bekanntmachung
 der Orts-Krankenkasse für
 den Gewerbebetrieb der
 Kaufleute, Handelsleute und
 Apotheker.

Delegierten-
Ergänzungswahlen:
 Behufs Bormahme der Ergänzungswahlen,
 welche auf Grund des § 49a
 des Kassenstatuts vom 30. Dezember
 1898 für die im Laufe des Jahres
 1900 ausgeschiedenen Vertreter statt-
 zufinden hat, machen wir hierdurch
 bekannt, daß 98 Vertreter der Kassen-
 mitglieder und 27 Vertreter der Ar-
 beitgeber zu wählen sind.
 Die Wähler der Arbeitnehmer
 finden in zwei Abteilungen
Mittwoch, 30. Januar 1901,
 statt.

Abteilung 1
 umfasst alle Kassenmitglieder, die in
 Betrieben beschäftigt sind, welche
 rechts der Spree liegen, sowie alle
 freiwilligen Mitglieder, die rechts der
 Spree wohnen (also die Postbezirke
 O., NO., N. sowie ein Teil von C,
 und NW).
 Das Wahllokal befindet sich
Englischer Garten, Alexander-
straße 27c.
Abteilung 2
 umfasst alle Kassenmitglieder, die in
 Betrieben beschäftigt sind, welche
 links der Spree liegen, sowie alle
 freiwilligen Mitglieder, die links der
 Spree wohnen (also die Postbezirke
 SO., S., SW., W. sowie ein Teil von
 C. und NW).
 Das Wahllokal befindet sich im
 Saale von **Kohn (Industrie-**
gebäude), Beuthstr. 20/22.
 Die Wahlversammlungen be-
 ginnen um 5 Uhr nachmittags
 und werden um 11 Uhr abends
 geschlossen.

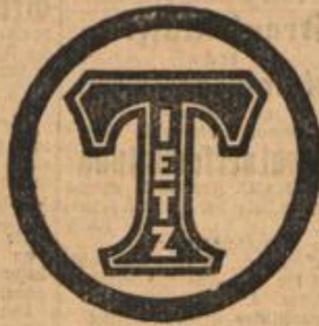
Um Zweifel vorzubeugen, machen
 wir darauf aufmerksam, daß die Ge-
 samtzahl der Delegierten in beiden
 Wahllokalen zu wählen ist.
 Wahlberechtigt sind alle groß-
 jährigen Kassenmitglieder, welche im
 Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte
 sind.
 Zur Legitimation dient das Mit-
 gliedsbuch oder bei denjenigen Kassen-
 mitgliedern, welche noch nicht im Bes-
 itze eines solchen sind, eine Beschein-
 gung des Arbeitgebers, daß sie in
 besagtem Unternehmen beschäftigt
 sind. (Datum, Unterschrift der
 Firma bezw. Stempel). Freiwillige
 Mitglieder, welche ihre Wohnung an-
 gegeben haben, legitimiert das Mit-
 gliedsbuch. Die Wähler ferns der
 Arbeitgeber finden statt
am Freitag, den 25. Januar,
abends 8 Uhr,
 im Kassenlokal, An der Stadt-
 bahnhof 16. Hof 1 Treppe, Aufgang
 links im Seitenflügel.

Es werden hierzu die Arbeitgeber
 mit dem Vermerk eingeladen, daß
 um 8 Uhr der Wahllokal beginnt, die
 Listen um 9 Uhr geschlossen werden.
 Wahlberechtigt sind alle Arbeit-
 geber, welche für die bei ihnen be-
 schäftigten Personen Beiträge aus
 eigenen Mitteln zu obengenannter
 Kasse zahlen. 1993/5
Der Vorstand.
 Aug. Berner, O. Philippohn,
 Vorhender. Schriftführer.

Wahl
Genossen
 ist der echt Carl Zählige
Stralunder Korn
 die beste Weibz. 424/4
 Wohlklimmed, lufttrocken,
 bestmüthig
 Beständig in allen g. D. Best.
p. Ltr. 1 Mk.
 General-Depot: Weidomstr. 31,
 Amt III, 404
 2. Niederlage: Neue Jakobstr. 8.

Metropol-Theater
 Behren-Strasse 55/57.
 Sonnabend, den 19. Januar 1901
Zweiter gr. Metropol-Theater-Ball.
4 Musikkapellen.
 Vorzügliche Weine. Exquisite Küche.
 Anfang 11 Uhr.
 Rauchen in allen Räumen gestattet.
 Alles Näheres besagen die Plakate.

Zweihundertjahr-Feier
 der Königserhebung Preussens.
 Jubiläumsschriften von Dr. phil. Ritschows Thomas.
Friedrich d. Gr. Bändnis mit der Gesellschaft Jesu
 1 Teil 60 Pf., 2 Teil 60 Pf., 3 Teil 60 Pf.
Rom und Berlin z. St. Friedrich d. Gr. 60 Pf.
Anteil der Jesuiten an der Preussischen Krönungskrone.
 1. Teil 60 Pf., 2. Teil 70 Pf., 3. Teil 50 Pf.
 Spannend geschrieben und höchstinteressant für jedermann. Durch
 alle Buchhandlungen oder vom Verlage: „Eugenius“ Buchhandlung
 Nordhausen, gegen Einsendung zu beziehen.



Waarenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46, 47, 48, 49 — Krausenstrasse 46, 47, 48, 49.

Die bedeutungsvollste Gelegenheit

unserer Special-Verkäufe:

Serie IV: → Donnerstag, Freitag, Sonnabend Haus- und Küchengeräthe

→ zu verblüffenden Preisen ←

Die grosse Anzahl der im Preise bedeutend herabgesetzten Artikel verbietet eine detaillierte Aufzählung — wir erwähnen daher nur einige Beispiele! —

Emaillé.

Casserollen, gute Qualität	8	10 cm
	5	9
Schöpföffel,	6	9 10 11 cm
	5	8 12 15
Schaumöffel,	9	10 11 13 cm
	6	9 10 12
Handleuchter, fein decorirt, prima Waare	18	
Schüsseln,	16 20 26 30 32 cm	
	18	25 45 60 90

Eine Parthie Kaffeekannen mit Charnierdeckel

Durchmesser	11	12	13	15	16 cm
weiss weiss	22	30	38	48	62
Prima fein decorirt	55	65	75	90	105
Elmer, grau und neublau, 28 cm, prima	70				

Ein grosser Posten decorirter Emaillé aussergewöhnlich billig.

Wirthschafts-Artikel.

Reibmaschinen „Ideal“	1.15	ℳ
Küchenwaagen, 10 Kg.	1.85	ℳ
Plättelchen 18 20 22 24 cm		
fein polirt	1.70 1.95 2.25 2.45	ℳ glatt. Stg.
fein vernickelt	2.40 2.70 3.00 3.20	ℳ gedreht.

Eine Parthie Besen (Borsten und Rosshaar) zu Ausnahmepreisen. Fussmatten, gute Qualität 25 und 35

→ Neu aufgenommen: ←
Nickelplattirte Geschirre zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Berufs-Bekleidung
— aller Arten. —
D. Wurzel & Co.,
Wrangel-Strasse 17, Ecke Mantuffel-Strasse.

Völlig schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose,
Plomben schmerzlos.
Wolf, Leipzigerstr. 130
(Schaarwächter) Spr. 9-7.

Fähne von 2 Mk. an
Teilschlingung
Reparaturen in 2 Stunden
Plombieren. Sprich 8-3
Zahnziehen schmerzlos!
Blumenschraube 25.
Edle Parfümflasken.

5149*

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in dem Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 3 Uhr,
in der Hauptexpedition Deutscher-Str. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Defikation mit Vereinszimmer, Badstube, Mitte der Stadt, für 2500 Mark zu verkaufen. Näheres bei Rattutat, Mantuffelstrasse 117, Übergabebüro IV. 1827b

Entgehendes Geschäftsfrauentheilhaber sofort zu verkaufen. Vier, Alte Jakobstrasse 119. 1975b

Elegante vorzügliche Herrenhosen, feine Stoffe 9-13 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkauf Haus Germania, Unter den Linden 21 II.

Garbinenhaus Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 39*

Teppiche, Tischdecken, Remontieruhren, Regulatoren, spottbillig Verkauf Haus Neanderstrasse 6. 46/20

Teppiche mit Farbenflecken, Fabrikniederlage Große Frankfurterstrasse 7, parterre. 39*

Bestuhle mit Matratze für 25 Mark. Verkauf zum, Charlottenburg, Bernauerstrasse 109. 1132*

Brautbetten (rot), prachtvoll, ein Mädchenbett sofort billig Ababertstrasse 78 I rechts. 4612*

Nähmaschinen aller Systeme verkauft Guban Schmidt, Alexanderstrasse 7, Hof 2 Treppen. 1438*

Nähmaschinen, am besten direkt im Geschäft. Sämtliche Ringel, Bobbin, Adler, Schneidnäher, auch Handnäher, ohne Anzahlung, wöchentlich 1.-, fünfjährige Garantie. Schneidnäher, auch durch Postkarte. Brief, Turmstrasse 39; II. Geschäft Bernauerstr. 49.

Ringelmaschinen, wie neu, 22,00, Umstände halber sofort. Guban, Prenzlauerstrasse 47. 147/1

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung sofort. Postkarte. Konig Landberger, Landbergerstrasse 35 kein Laden. 1139*

Nähmaschinen: Adler, Pfaff, Ringel, Bobbin, Wolf- und Wringmaschinen auf Teilzahlung, Kolonnen, Wringelstrasse 118. 4652*

Nähmaschinen, Singer, Adler, Bobbin, Ringel, die berühmten Dürkopp, ohne Anzahlung, Woche 1,00. Die's Nähmaschinen-Geschäft, Wringelstrasse 119. 4652*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, 1,00 wöchentlich. Bestelung Postkarte liefert sofort. Die's, Wringelstrasse 118, und Grosse, Wringelstrasse 2. 1983b

Gasheizöfen: Sparsystem! 7,00 10,00. Reflektor 14,00! Gasöfen, weißlack, 6,00! Wohlfahrer, Wallnertheaterstrasse 32. 1913b

Ringel, Bobbin, Adler, Schneidnäher, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie, Lieferung sofort, Postkarte. Giermann, Wringelstrasse 29. Lindner, Bernauerstrasse 75. Wiedrow, Krausenstrasse 36. 164*

Francis Logons 0,75. Professor Parisian Pommeret, Breitestr. 19.

Elektrotrommel, Ritwood, 16. Januar, neuer Abendkurs, wöchentlich 2 Rhenne, monatlich 6 Mark. Jackson, Alte Jakobstrasse 24. 1943b

Patentanwalt Dammann, Oranienstrasse 57, Rorigplatz. Erdbeererhofenerstrasse 108 abends bis neun

Unfallkassen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Puffer, Steglitzerstrasse 65. 1654b*

Rechtbureau Androsstrasse 63. Gewissenhafter Rechtsbeistand. 1985b*

Wittgastisch, Hausmannstrasse 16 mit Bier 50 Pfennige. Kantenstrasse 16 (Postamt). 4582*

Zahl und Vereinszimmer empfehle! Jannasch, Jannaschstrasse 10. 12062*

Vereinszimmer, großes, Reichensbergerstrasse 24. 1878b

Vereinszimmer zu vergeben, 50-100 Personen, bei Jantonski, Markstrasse 18. 139*

Vereinszimmer frei. Ladewig, Kommandantenstrasse 65. 2332*

Vereinszimmer, neu eingerichtet, mit Piano, empfehle! Schmidt, Stromstrasse 42. 1782*

Vereinszimmer, Solmer, Markstrasse 25. 1940b

Vereinszimmer Simonstrasse 23. 444K*

Großes Vereinszimmer einige Tage in der Woche zu vergeben. N. Sachse, Lindenerstrasse 26. 1434b

Diermit erkläre ich, daß ich die dem Herrn Guban Schmidt am 6. dieses Monats zugesagte Beileidigung zurücknehme und denselben als Ehrenmann erkläre. Herbinand, Palmsd. 2112b

Wohlwärmer taugt Vogelhandlung. Grottenstrasse 6. 2108b

Vereinszimmer mit Klavier zu vergeben. Kaufmann, Rattutatstrasse 47.*

Vermischte Anzeigen.

Vermischte Anzeigen.
Franz Logons 0,75. Professor Parisian Pommeret, Breitestr. 19.

Elektrotrommel, Ritwood, 16. Januar, neuer Abendkurs, wöchentlich 2 Rhenne, monatlich 6 Mark. Jackson, Alte Jakobstrasse 24. 1943b

Patentanwalt Dammann, Oranienstrasse 57, Rorigplatz. Erdbeererhofenerstrasse 108 abends bis neun

Unfallkassen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Puffer, Steglitzerstrasse 65. 1654b*

Diversion! Wer sich über diese unvollkommene Veranstaltung unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Diversion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierklinikverein Berlin, Königgräberstrasse 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. Arbeitervereine, welche in ihren Versammlungen Vorträge wünschen über Diversion, wollen sich um Referenten an dieselbe Adresse wenden. 1925b

Weyerer's Brodhaus, Brehm, Geschichtswerke und alle andern Bücher bezieht und kauft am quaiat Rodstrasse 56, Amt 4a 2944. 4572*

Wer Stoff hat? Herrliche Herrenanzüge mit Futterfaden 15. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. 59, III. Namen beachten!

Platin, Gold, Silber, Treifen, Redgold kauft zu höchsten Preisen Goldschmelze, Zimmerstrasse 32. *

Vermietungen.

Zimmer.
Freundlich möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermiethen. Rottstrasse 54, Übergabebüro III, bei Winoe Rosenthal.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle vermietet billig. Glogauerstr. 24 III rechts.

Möblierte Schlafstelle billig an Herrn Rustauerstrasse 43, vorn II rechts. 116

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Kläfer, Mulackstrasse 27.

Varietätskünstler sucht Stellung, gelernter Uhrmacher, als Uhrmacher, Mechaniker etc. im Großbetriebe. Auch bin ich nicht abgeneigt, als Verkäufer, Reisender thätig zu sein. Arthur Seebach, Blumenhofstrasse 8. 2114b

Stellenangebote.

Dirigent nach Ober-Schönebeck wird verlangt für Sonntagmittags 2-4 Uhr bei Wagner, Grottenstrasse 5. Honorarangelegenheiten. 2113b

Zuschreiber sucht Hilfsbuch-Händler. Binner, An der Stadtbahn 41.

Lehrling für Kunst- und Bauzeichner. Bewerbungen abends von 7-9 Kaylerstrasse 1, vorn 2 Treppen, bei G. Rippe, Schlossermeister. 12100b

Wamsells auf Juckettis an der dem Hause, Preis 1,90 bis 2,40, verlangt Vobbein, Duffenstrasse 31. 2116b

Wamsells auf Juckettis. Bauer, Steglitzerstrasse 81, IV. 1906b*

Wamsells auf Juckettis, 2 bis 4,50, nur im Hause, bauernde Beschäftigung (Knopfloch-Maschine), jeden Sonnabend Geld, verlangt Van, Weidenweg 29, III. 1987b*

Arbeiterinnen auf gute Damen-Juckettis verlangt Gnanz, Mantuffelstrasse 103. 1716*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Achtung Theaterarbeiter!
Der Streik im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater besteht weiter. Dasselbe ist somit noch wie vor gesperrt bis auf weiteres. 287/19*

Der Vorstand des Verbands des technischen Bühnenpersonals.

Achtung! Stuccateure!

Bei der Firma Jäckel haben sämtliche Kollegen auf Grund des Angebots, Accord zu arbeiten, die Arbeit niedergelegt. Junge ist streng fern zu halten. Die Bauteile der Firma sind:
Viehwegstrasse, Ecke Reinecke-Strasse: Bau Goldmann.
Reinecke-Str. 11: Bau Goldmann.
Reinecke-Strasse Ecke Kurfürstendamm: Bau Albrecht.
Kurfürstendamm 100: Bau Krenzel.
Kurfürstendamm Ecke Schlichter-Strasse: Bau Runt.
Waldstrasse 31: Bau Käfer u. v. Großheim.
Eisenbahnstrasse: Bau Garde.
179/17* Die Lohnkommission.

Lokales.

Vertrauens Nachfolger soll also der Stadt. Gerstenberg werden. Der Stadtverordneten-Ausschuss zur Vorbereitung der Stadtdirektions-Wahlen hat, wie bereits mitgeteilt, mit 9 gegen 5 Stimmen beschlossen, der Versammlung Herrn Gerstenberg als den geeignetsten Mann zu empfehlen. Schon gleich nachdem Vertrauen sein Pensionierungsgehalt eingereicht hatte, bevor noch die Stadtverordneten-Versammlung zur Einsetzung des Ausschusses geschritten war, wurde die Nachricht verbreitet, daß die Mehrheitsfraktionen der Versammlung Herrn Gerstenberg dazu andererseits hätten. Leiter der Berliner Volkshochschule zu werden. Da dieser Posten von hervorragender Wichtigkeit ist und seit Jahren ein ganz besonders tüchtiger Mann dafür verlangt worden ist, so darf man billig fragen, wie es in dieser Beziehung um Herrn Gerstenberg steht. Ueber seine Befähigung zur Leitung eines Volkshochschulwesens, wie es das von Berlin ist, kann man sich auf Grund seiner beruflichen Tätigkeit kaum ein Urteil bilden. Herr Gerstenberg ist Direktor des Friedrichs-Realschulwesens. In dieser Stellung hat er natürlich nicht zeigen können, weisen sich die Berliner Volkshochschule von ihm zu versehen hätte, wenn sie ihm anvertraut würde. Man hat sich daher an das zu halten, was er nach dieser Richtung hin in seiner kommunalen Tätigkeit geleistet hat. Da müssen wir nun gestehen, daß wir an Herrn Gerstenberg bisher noch nichts bemerkt haben, was uns veranlassen könnte, in ihm den Mann zu erblicken, auf den die Berliner Volkshochschule wartet. Herr Gerstenberg hat in der Stadtverordneten-Versammlung sehr oft zu den Fragen des Schulwesens, des höheren wie des niederen, gesprochen. Aber was das Volkshochschulwesen angeht, so hat er sich in der Behandlung dieses wichtigen Zweigs der städtischen Verwaltung in nichts von den Vertretern des fortwährend bekannten Kommunalreformers unterschieden. Er hat die in unjahren Gemeindeschulen herrschenden Mängel selten direkt verteidigt, aber er ist auch niemals mit Entschiedenheit dagegen aufgetreten. Wenn man nach seiner Haltung in der Stadtverordneten-Versammlung urteilen darf, kann er — in Übereinstimmung mit seinen Fraktionsgenossen — durchaus der Ansicht sein, daß im Berliner Volkshochschulwesen im großen und ganzen alles in bester Ordnung ist. In dieser Hinsicht muß er den Mehrheitsfraktionen der Versammlung mit Recht als der geeignetste Mann erscheinen, Vertrauens Nachfolger zu werden.

Ein Fühler? In einem anscheinend von der Straßenbahndirektion inspirierten Artikel des „Berliner Vorwärts“ findet sich folgende merkwürdige Stelle: Will die Stadt durch die Straßenbahnen beherrscht, so ist es unferes Erachtens das richtigste, gleich das ganze große Unternehmen der Großen Berliner Straßenbahn zu kaufen. Der Augenblick für eine Erwerbung der Großen Berliner Straßenbahn wäre besonders vorteilhaft gewählt, da der Kurs der Aktien seit Jahr und Tag bedeutend gefallen ist und der gegenwärtige Kursstand, namentlich angesichts des fortwährenden Preisrückgangs der Aktien und des Verkehrs, als ein entschieden preiswürdiger bezeichnet werden kann. Wir glauben, daß sowohl die Verwaltung wie die Aktionäre sich bereit finden würden, auf einer angemessenen Basis wegen des Abgangs auf die Stadt zu verhandeln, bei der die Stadt Berlin sicherlich noch ein glänzendes Geschäft machen und sich für Jahre hinaus ansehnliche Ueberschüsse sichern könnte, die der Mehrheit der Steuerzahler zu gute kommen würden.

Am Ende stellt sich heraus, daß die Grobe nur darum in letzter Zeit mit Publikation und angelegentlichem Schindler gepöbelt hat, um die Stadt zum Ankauf ihres Unternehmens zu bewegen. Die Aktien der Groben stehen auf 210; der Ankauf würde die Kleinigkeit von rund 150 Millionen Mark beanspruchen. Es sei noch bemerkt, daß die Grobe für die Aktien der Siemens u. Halske'schen Bahnen, die die Stadt zum Kurs von 168 zu kaufen gedenkt, 125 geboten hat.

Verschiedene Benennungen neuer Straßen sind vom Kaiser genehmigt worden. Berlin wird unter andern seltsamen Straßenbezeichnungen künftig auch einen Esse von Kloploplop, eine Antipodestraße und eine Til Wartenbergstraße haben.

Ueber die Zustände in einer Badeanstalt im Norden der Stadt brachten wir am 4. November v. J. einen Artikel, dessen Wichtigkeit von dem in Betracht kommenden Besitzer bestritten wurde. Wie uns jetzt mitgeteilt wird, hat die Staatsanwaltschaft sich mit den Zuständen in der Anstalt beschäftigt; das Ermittlungsverfahren hat zu einer Klage gegen den Badeanstalts-Inhaber geführt, über die am 23. Januar vor der Strafkammer verhandelt wird.

Folgende Verkehrsbeschränkungen sind aus Anlaß der Jubelfeier am 18. Januar angeordnet: Etwa von 9 Uhr vormittags bis nach beendeter Feier im Zeughaus werden nach Bedarf für den Fahrt- und Fußgängerverkehr gesperrt: die Kaiser Wilhelmbrücke, der Lustgarten, die Schloßbrücke, die Plätze am Zeug- und am Opernhause. Der Straßenbahnverkehr über den Platz am Opernhause erleidet vorübergehend keine Unterbrechung.

Vom steigenden Volkswohlstand. Ein großer Transport von „Schlachtplenden“ bewegte sich gestern Abend von Weihensee herkommend durch die Straßen der Stadt und erregte durch den meist ganz jammerhaften Zustand der für die Schlachtbank bestimmten Tiere viel Aufsehen. Diese wurden nach dem Kuhstall am Hof geführt und dort nach Leipzig verladen, wo ebenso wie in Berlin der Pferdefleischmarkt, ständig steigt.

Das Opfer eines Zusammenstoßes mit einem elektrischen Straßenbahnwagen ist der 36 Jahre alte Ausfuhr Heinrich Kamm aus der Siemensstr. 6 geworden, der bei Ravens in der Wallstraße beschäftigt war. Als er vor acht Tagen mit einem einspännigen Geschäftswagen von Tegel kam, schaute sein Pferd an der Ecke der Müller- und Barfußstraße vor einem Straßenbahnwagen, der ihm begegnete. Das Pferd ging durch und der Ausfuhr fiel bei dem Zusammenstoß vom Wagen und geriet unter die vordere Plattform. Mit 13 Verletzungen wurde er nach dem Paul Gerhardt-Spital gebracht. Dort ist er gestorben.

Ein großes Konzerthaus im Stil der Philharmonie soll auf dem Grundstück für 1 1/2 Millionen Mark verkauft werden und dem alten Militärriedhof in der Linkestraße, zwischen Gormann- und Näckertstraße, gebaut werden. Mit dem Bau, dessen Ausführung dem Architekten Langendorff übertragen ist, soll bereits im April begonnen werden. Es ist die Anlage von sechs großen Sälen geplant; der größte Saal soll 3000 Personen fassen.

Die Verbindlichkeiten, welche die aus Anlaß des Hypothekenbankens in Konkurs geratene Seifenfabrik von Franz Spielhagen in der Köpplstraße zu erfüllen hat, sollen sich auf 3/4 Millionen Mark belaufen. Die Bewohner der Köpplstraße hegen die schwache Hoffnung, daß die Fabrik, deren Dünste die ganze Gegend verpesten, aus Anlaß des Konkurs endlich verlegt wird.

Dem Komiker Reutter ist das Aufsteigen im Wintergarten wieder gestattet worden. Somit hat die Polizei durch ihre gelegentlich schwer zu rechtfertigende Maßnahmen dem Komiker einen großen Wellenbruch erwiesen.

Im Fieberwahn aus dem Fenster gesprungen ist gestern früh die 27 Jahre alte Auguste Kante aus der Kloplopstr. 9. Nachdem ihr Mann, ein Metzger, nach Kaminendesebe gegangen war, befand sie vorgestern Abend einen verheirateten Ender in der Bernauerstr. 22 und blieb dort auch über Nacht. Wädhlich erkrankt, bekam sie kurz vor 3 Uhr früh einen Fieberanfall, verließ heimlich ihr Bett und sprang aus dem im ersten Stock gelegenen Zimmer auf den Hof hinab. Mit schweren inneren Verletzungen und einer Verletzung beider Beine wurde sie auf Veranlassung eines Arztes, der ihr die erste Hilfe leistete, mit einem kutschen Rettungswagen nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht.

Staatsrettung. Wegen Verbreitens sozialistischer Ideen unter seinen Landleuten, wurde der aus Böhmen gebürtige Schneider Smidel vom hiesigen Polizeipräsidenten aufgefordert, innerhalb acht Tagen das preussische Staatsgebiet zu verlassen. Also wieder einmal ein lästiger Ausländer. Seine Landleute können sich an ihm ein Beispiel nehmen. Mit dem preussischen Staat hatte er es wohl hauptsächlich deshalb verdorben, weil er seine Landleute zum Eintritt in die Gewerkschafts-Organisation aufgefordert hatte. Eine bittere Ironie auf das den Arbeitern gewährleistete Koalitionsrecht!

Jungen gesucht. Die Personen, welche am ersten Weihnachtstage nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr die Affäre beobachtet haben, die sich am Martonplatz zwischen einem Schutzmännchen und Zivilpersonen abgespielt hat, werden gebeten, sich bei Mag. Melzer, Tischler, Reichenbergstr. 16, Hof part., zu melden.

Ein Schlafkleid treibt im Südosten der Stadt sein Unwesen. Im Hause Oranienstr. 24 stahl er dem bei Frau Schütz wohnenden Tischler Junfer, mit welchem er eine Nacht zusammenwohnte, gestern sämtliche Kleidungsstücke. Der Dieb nannte sich Karl Klingler und gab an, Kaufmann zu sein. Er hat ein Alter von etwa 24 Jahren, ist etwa 1,75 Meter groß und trägt dunkles Haar und dunklen Schmutzbart.

Ein Feuer im „Bathologischen Institut“ der Charité, das gestern vormittag 9 Uhr ausbrach, hat für die Wissenschaft zum Teil merkwürdige Verluste im Gefolge gehabt. Im zweiten Stock des zum Abbruch bestimmten Gebäudes befanden sich die Räume für anthropologische Sammlungen, in denen die Skelette und wertvolle Präparate aufbewahrt werden. Speziell enthielt ein kleines Gemach eine wertvolle Sammlung des Professors Rudolf Kirchoff. Unmittelbar über dieser Stube im Dachgeschoss liegt das Heizungsrohr, das den Brand verursacht hat. Dieser wurde jedoch so spät bemerkt, daß er die Decke nach dem zweiten Stock bereits zerstört hatte, und die brennende Dedensenkung teilweise zwischen die Kirchhofsche Sammlung herabgeschürzt war. Die Feuerwehr war dann zwar bald zur Stelle und löschte das Feuer mit zwei Schlauchleitungen ab, doch sind ganze Wädhle von Präparaten teils ganz vernichtet, teils angekokelt. Unerlässlich ist der Verlust einer geräucher Mumie aus Peru. Der Schaden für die Wissenschaft wäre noch größer gewesen, wenn nicht schon ein erheblicher Teil der Sammlungen nach dem löschlich erst vollendeten Neubau der Charité gebracht wäre. Das Dachgeschoss wurde in erheblicher Ausdehnung zerstört.

Ein Hochkapler, der unter dem Titel eines Fürsten Lahovari in Berlin und anderswo Cameriere begangen hat, ist gestern auf Veranlassung der hiesigen Polizei in Genoa in der Person des früheren rumänischen Offiziers Georg Manolesco verhaftet worden.

Ein seltsames Malheur ist dem in der Röhlsstr. 33 bei Bog wohnhaften Invaliden Romeleit aus Jauerburg passiert. Er kam am 22. Dezember von dort fremd hierher und logierte sich bei einem Gastwirt ein. Am folgenden Tage ging er fort, ohne sich Namen und Straße des Wirts zu merken und ließ gleichfalls seine Sachen stehen. Es gelang ihm später nicht, sein Logis wieder zu finden. Romeleit hofft nun, durch diese Veröffentlichung zu seinem Gepäde zu kommen, das u. a. einen Hypothekenbrief enthält.

Feuerbericht. Mittwoch früh 7 Uhr hatte Alexanderstr. 22 ein Tabaklager Feuer gefangen, das erst nach längerem Wassergeben abgelöscht werden konnte. In der vorhergehenden Nacht brannten Krautstraße 7 Wöbel und Betten. Landwehrstr. 19 ging die Verwendung eines Wasserrohrs in Flammen auf. Wegen eines brennenden Straßenbahnwagens erfolgte ein Alarm nach der Kanonierstraße. Kellerbrände waren Pehdenierstr. 12a, Kessingstr. 33 und Bräderstraße 14 abzulösen, während Königsbergerstr. 31 und Grünauerstraße 34 Küchenbrände zu beseligen waren. In mehreren Fällen wurden außerdem noch Schornsteinbrände gemeldet.

Aus den Nachbarorten.

Pankow. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung war von besonderem Interesse die vom sozialdemokratischen Arbeiterverein an die Gemeindevertretung gerichtete Protestresolution, die sich scharf gegen die Subvention der Bürgervereins-Vibliothek aussprach und in der verlangt wurde, die dafür festgesetzte Summe von 200 M. zurückzugeben. Sie möge in den Etat eingestellt werden, um unmittelbaren Schülern der Gemeindeschulen unentgeltlich Schul- und Lehrmittel zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich ging man über die Resolution zur Tagesordnung über, trotzdem Genosse Klingenberg sich scharf gegen solche Verwendung der Steuergroschen der Einwohner wandte. Die Eisenbahn-Direktion beantragte die Unterzeichnung des Vertrags, wonach ein Teil der Nordbahnstraße an den Fiskus abzutreten ist. Dies soll geschehen zur Verbreiterung der Brücke im Zuge der Wollankstraße und um den zweiten Zugang zur Station zu errichten. Es wurde beschlossen, den Lageplan und die Zeichnungen einzufordern und die Unterzeichnung des Vertrags so lange aufzuschieben.

Die Wohnungs-Kommission in Niddorf, die aus 5 Magistratsmitgliedern und 9 Stadtverordneten besteht, trat am Dienstag zum erstenmal zusammen. Erster Bürgermeister Raddin gab zunächst die neuesten, die Niddorfer Wohnungsverhältnisse betreffenden Feststellungen des Magistrats bekannt. Die Zahl der im Armenhause untergebrachten wohnungslosen Familien ist seit Anfang November von 24 auf 14 herabgegangen. Zwei weitere Familien werden in den nächsten Tagen das Armenhaus verlassen und eigene Wohnungen beziehen. Die übrigen bemühen sich erstlich um Wohnungen, konnten aber keine erhalten. — Die festgesetzte Baufrist läßt erwarten, daß bis zum 1. Oktober etwa 650 neue kleine Wohnungen mit zwei Zimmern und Küche sowie mit einem Zimmer und einer Küche bewohnbar sein werden. Um eine gründliche Erörterung der Angelegenheit zu ermöglichen, beschloß die Kommission, eine Umfrage nach den Wohnungsverhältnissen von Groß-Berlin und die Verorte im Umkreis von zwei Meilen zu halten. Ferner beschloß die Kommission, dem Magistrat zu empfehlen, verbunden mit dem städtischen Arbeitsnachweis einen unentgeltlichen Wohnungsvermittlungsdienst einzurichten. Auch soll bei der Landesversicherungsanstalt wegen Herabgabe von Geld zur Hypothekdarlehen Verleihung an Bauwünsche angefragt werden. Nach dem Einlauf des Materials soll der Frage, ob und wie die Gemeinde eingreifen habe, näher getreten werden. Im übrigen liegen die meisten Herren gegenüber den sozialistischeren gegebenen Anregungen keinen Zweifel darüber, daß an einen Bau von Häusern durch die Gemeinde nicht gedacht wird.

Bauarbeiter-Ministerialverordnung und Kommunalbauten. Uns wird von gewerkschaftlicher Seite geschrieben: Bekanntlich heißt es in der Verfügung des Ministers v. d. Rode vom 7. Juli 1897, daß auf Bauten, wo offene Coalfesteuere brennen, nicht gearbeitet werden darf. Diese Anordnung ist durchaus vernünftig; leider haben die Unternehmer ihr bisher wenig, oder sagen wir gar keine Rechnung getragen. Aber nicht nur die Unternehmer lehnen sich nicht an derartige Verordnungen. In dieser Beziehung stehen auch die staatlichen und städtischen Bauten nicht zurück. Und das ist auch ganz erklärlich. Verordnung über Verordnungen kann erlassen werden, aber mit dem bloßen Erfolg, daß dem bauverpflichteten Arbeiter nicht gebietet. Dazu, daß solche Verordnungen praktischen Nutzen für die Arbeiter bringen, gehört vor allem eine Kontrolle- und Ueberwachungsbehörde; so lange diese Institution fehlt, nützen auch die Verordnungen nichts. Und selbst die städtischen Behörden scheinen derartige Verordnungen nicht zu kennen. Auf dem in Niddorf in der Erststraße gelegenen Bau der Feuerwehrt stehen die Coalfeste in allen Etagen,

in den Zimmern und auf den Korridoren; von dicht abgeschlossenen Räumen findet sich keine Spur. Hier arbeiten Maurer, Töpfer und andere Handwerker in schädlichen Kohlenoxydgasen; der ganze Bau ist von Coaldunst geschwängert. Wo bleibt die Pflicht der Bau-polizeibehörde, einzugreifen? Ist es der Stadtverwaltung von Niddorf unbekannt, daß auf einem ihr gehörigen Bau in dieser leichtfertigen Weise mit Menschenleben gespielt wird? Ist es der Fall, dann fordern wir sie auf, sofort einzugreifen und zwar so, daß sie den Unternehmer verpflichtet, unverzüglich Kanonenlöcher an Stelle der Coalfeste zu setzen. Den Bauarbeitern ist durch diesen Fall wiederum bewiesen, daß sie mit aller Energie die Einrichtung einer Kontrollbehörde, der Bau-gewerbe-Inspektion, zu fordern haben. Auch die Regierung kann hieraus ersehen, daß Verordnungen, die nicht befolgt werden, nicht nützen. Daher fort mit den einzelnen Verordnungen; an deren Stelle schaffe man ein einheitliches Landes-Bauarbeiterchutz-Gesetz und eine Baugewerbe-Inspektion!

In Köpenick beschloß die Stadtverordneten-Versammlung die Anschaffung eines Desinfektionsapparats für das Krankenhaus, ferner wurden der Sanitätskommission 1000 M. zur Verfügung gestellt. Ansehen erregte eine Klage über Mängel am Bau des neuen Schulhauses. Die Baukommission wurde mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragt. In die verschiedenen Deputationen wurden auch untre im Stadtparlament sitzenden Parteigenossen gewählt.

Schöneberg. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung stand zunächst die in der letzten Sitzung resultierlos verlaufene Vorseher-Stellvertreter-Wahl zur Tagesordnung. In einer ziemlich unerquicklichen Diskussion, in welcher die verschiedenartigsten Interessenpartien recht groll zum Ausdruck gelangten, wurde über die Zweckmäßigkeit der augenblicklichen Vornahme dieser Wahl hin- und hergefrirt, bis endlich die Wahl des vorjährigen Stellvertreters mit 21 von 39 gültig abgegebenen Stimmen diesen Gegenstand der Tagesordnung erledigte. Ueber den weiteren Verlauf der Sitzung berichtet uns unser Korrespondent: Bei der nun folgenden Beratung des Ortsstatuts betr. Einquartierung der bewaffneten Macht während der Friedezeit entwickelte sich ein Schauspiel seltener Art, welches jedermann ausreichende Gelegenheit gab, den Wert des vor ganz kurzer Zeit hier gegründeten Mietervereins und die für die breite Masse Schönebergs berechneten unzulänglichen Pläne der Gründer dieses Vereins recht anschaulich kennen zu lernen. Der Herr Vorseher Müller hielt es nämlich bei dieser Gelegenheit für angebracht, den von diesem Verein und auch von uns gegen den Hausbesitzer-Verein erhobenen Vorwurf, er hätte es durch seine Vertreter im Stadtparlament, welche die Mehrheit bilden, dahin gebracht, daß die Einquartierungspläne nicht den Hausbesitzern, sondern der Stadt aufgehalten werden, als unrichtig zurückzuweisen. Er führte als Beweis seiner Behauptung die Bereitwilligkeit der Hausbesitzer, die erforderlichen Kosten durch eventuelle Umlagen zu bestreiten, an. Trotzdem setzen wir dieser Behauptung bei der Mehrheit der Hausbesitzer starken Zweifel entgegen. Nicht so die Herren Direktor Wagner und Dr. Richter, die in den Versammlungen, zu welchen die Schöneberger Parteigenossen mit dem Ersuchen eingeladen waren, daß nur durch gemeinsames Vorgehen der Uebermut der Hausbesitzer gebrochen werden könne, nicht Pläne genug entwickeln konnten, wie diesem Vorgehen zu begehnen sei. In sanften Tönen stöberte der Herr Stadtp. Wagner, daß ja der Mieterverein besteht, in gutem, bestem Einvernehmen mit den Hausbesitzern zu leben, trotzdem man den Verein von radikaler Seite davor dreh getadelt habe. Auch habe man sich erst ein Urteil erlaubt, nachdem von seiten der Hausbesitzer der Forderung hervorgeholt worden sei. Und nun erst der Herr Dr. Richter. Wir sehen darauf, daß der Mieterverein sich nicht gegen die Hausbesitzer wendet, und vermeiden jede Schärfe zwischen den beiden, diese Kennerung hat ein Mann, der in Flugblättern zum Kampf der Mieter gegen den Wohnungswucher aufforderte. — Und jene beiden Herren, sie wurden gerichtet; gerichtet von den Hausbesitzern im Stadtparlament, von einem Mann, der häufig Proben seiner Abneigung gegen die Nichtbesitzenden gegeben, und was hier jedoch aus der Seele gesprochen hat, als er auf diese Verwandschaft ausrief: Der Mieterverein ist weiter nichts, als die Faust in der Tasche geballt Friede seiner Wähe!

Weiter erfolgte die Einsetzung einer gemischten Deputation für Volks-Badeanstalten. Derselbe besteht aus zwei Magistratsmitgliedern und fünf Stadtverordneten, zu welchen der Genosse Dohß gehört.

In der vorgestrigen Meldung über die Schlägerei in Charlottenburg teilt uns die Verwaltung der dortigen Gumbrius-Brauerei mit, daß der Berichtsfasser eine abtreibende Darstellung gegeben habe. Mit Ausnahme einer Fingerverletzung, die sich der Wächter bei Fortnahme eines Fasses zugezogen hat, seien Personen nicht zu Schaden gekommen, ebenso sei der Sachschaden unbedeutend.

Briefkasten der Redaktion.

- Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
- Wahnerstraße.** Herr Scherl ist Mitbesitzer der „Morgenpost“. Näheres über das Verhältnis ist uns nicht bekannt.
- N. 2. 8910.** Wenden Sie sich an das Magistratsbureau IV, Charlottenburg, Berlinstr. 77, II.
- Wahnerstr.** Der Rechtsanwalt, der am 11. Oktober 1898 in der Straße von Klauentanz v. Braunwig ermordet wurde, heißt Siebmann.
- G. 3.** Das Brennenschild in Schöneberg war 1893.
- G. 4.** Die Kriegsschiffe der deutschen Marine sind nicht gegen Unglücksfälle versichert.
- Domnisch.** Fragen Sie in einer Folgehandlung an. — **G. 1000.** Sie werden nähere Auskunft von der Verwaltung der Hochbahn, Wollankstraße 29, erhalten.
- N. 23. 99.** Wir bitten Sie, sich an den Leiter der städtischen Fleischschau, Herrn Obersterarzt Niehmann, Schlachthof, Wollankstraße zu wenden.
- Essen N. 5.** Ueber Mann! Die Statistik ist leider zur Zeit der Hülfsverwaltung ebenso wenig im Schwange gewesen wie die Buchdruckerei, so daß wir Ihnen beim besten Willen nicht sagen können, wieviel Menschen seit jener Zeit durch Kräfte, Revolutionen und Grefce auf dem Erdball umgekommen sind. Ihre übrigen Fragen sind ebenso schwierig zu beantworten; daher untre bisherige Schweigsamkeit.
- N. 23.** Generalschiffe — männlichen wie weiblichen Geschlechts — bedürfen von Vollendung des 21. Lebensjahres ab keiner erteilten Einwilligung zur Verat. — **N. 29.** 1. Das ist möglich und ist von Fall zu Fall zu entscheiden. 2. In diesem Ziel würde nur Anmeldung des Kontrahes oder gütliche Einigung führen. — **N. 31.** 1 und 2: Nein. 3. Ja; unabhängig ist das Generalgericht. — **N. 33.** Charlottenburg. — **C. 34. Et. 70.** Ja. — **N. 3. 89.** Der Vater des Kindes, nicht aber der Großvater des unehelichen Kindes, haftet für die Alimentation. — **N. 1. 2** und **4.** Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde zur Klarlegung vor. 3. Ja. — **N. 3.** Ein Recht auf Zahlung teilt Ihnen mangels besonderer Vereinbarung nicht zu. — **N. 100.** 1. Ohne genauere Kenntnis des Sachverhalts (welche Verordnungen sind sonst vorhanden?) nicht zu beantworten. 2. Sie mühten sich an die betreffenden Pfarrämter mit dem Antrag auf Ausstellung der Geburts- und Heiratsregister wenden. 3. In 30 Jahren. — **N. 3. 6. 44.** 1. Die Wiederannahme hätte keine Aussicht auf Erfolg. 2. Wenden Sie sich an einen Arzt. — **N. 8.** in **N. 11.** 1. In Nürnberg. 2. Nein. — **35.** Die Hauptverpflichtung gelten nach wie vor 20 Pfennig. — **Wagner.** 1. In einer öffentlichen Verlesung ist nicht nur Anzeige, sondern auch Genehmigung erforderlich. 2. Nein. — **N. 2. 66.** Nein, es sei denn, daß dem Vermieter ein Verschulden zur Last fällt, z. B. daß er die Wohnung geöffnet hat. — **C.** Kommen Sie in die Sprechstunde.

Wetterprognose für Donnerstag, den 17. Januar 1901. Erwas wärmer mit ziemlich häufigen fühlbaren Winden und zunehmender Bewölkung; geringe Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89.

Nach beendeter **Inventur** werden in allen Abteilungen
zu **herabgesetzten Preisen** eine grosse Anzahl Artikel
verkauft.

Kleiderstoffe.

Kammgarn-Cheviot, doppeltbreit	Mtr.	48 bis 90	Pf.
Zwirn-Loden, doppeltbreit	Mtr.	45 bis 60	Pf.
Schotten u. Karos, doppeltbreit	Mtr.	53, 75	Pf.
Wintertuche in allen Farben	Mtr.	38, 45	Pf.
Helle Sommerstoffe von letzter Saison	Mtr.	53 Pf. bis	1,00 M.
Schwarze Kleiderstoffe, doppeltbreit	Mtr.	75 Pf.,	1,75 M.

1 Posten Rester, welche sich bei dem Weihnachtsgeschäft angesammelt, zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Seide.

Ball-Atlasse, schwarz und farbig	Mtr.	35, 38	Pf.
Merveilleux (Halbseide), in allen Farben	Mtr.	70, 75	Pf.
Pongés, hell und einfarbig	Mtr.	75	Pf.
Einfache japanische Seide	Mtr.	95 Pf. bis	1,25 M.
Gemustert Bengaline	Mtr.	75 Pf. bis	1,15 M.
Reinseidene Damassés	Mtr.	1,25 bis	1,75 M.
Reinseidene Merveilleux	Mtr.	1,15 bis	1,75 M.

Konfektion.

1 Posten glatt und karierte Golf-Capes	jetzt Stück	4,75, 6,50	M.
1 Posten Feder-Krimmer-Capes	jetzt Stück	7,50, 9,50	M.
1 Posten Damen-Jacketts aus schwerem Double	jetzt Stück	5,50, 7,50	M.
1 Posten reinseidene Blusen und Hemden, ganz auf Futter mit Sämnchen abgesteipt wenig angestäubt	jetzt Stück	3,00, 4,50	M.
1 Posten reinwollene Kinder-Kleidchen, ganz auf Futter, in allen Grössen	jetzt Stück	2,00, 4,00	M.

Ball-Artikel.

Ball-Crêpe in allen Farben	Mtr.	45 bis 55	Pf.
Gemusterte Alpaccas in hellen Farben	Mtr.	85 Pf. bis	1,25 M.
Tarlatans, uni gestreift und mit Silber	Mtr.	10 bis 17	Pf.
Organdys in schönen Mustern	Mtr.	38 bis 75	Pf.
Ball-Umhänge aus Cachemir, mit Federbesatz abgefüttert, Mtr.	5,75 bis	9,50	M.
Ball-Fächer, ganz Federn und Gaze	Stück	75 Pf. bis	2,25 M.
Kopf-Châles, geblümt und gestreifte Seide	Stück	1,25 bis	6,00 M.

Ball-Blusen

aus Krepp, Seide, Taffet, Organdy von 4,50—8,00 M.

Ball-Handschuhe, Zwirn u. durchbroch. Manschette Paar	33 bis 80	Pf.
Ball-Handschuhe, reine Seide mit durchbrochener Manschette Paar	75	Pf.
Ball-Handschuhe, weiss Glacé	Paar	1,25 bis 1,75 M.

Ball-Garnituren.

Rosen- und Apfelblüte	Garnitur	60	Pf.
Tausendschönchen	Garnitur	90	Pf.
Marquiten	Garnitur	95	Pf.
Edelweiss	Garnitur	1,45	M.

Tapisserien.

Parade-Handtücher, gezeichnet für Küche u. Stube	Stück	19 bis 95	Pf.
Parade-Handtücher, gestickt für Küche und Stube	Stück	48 Pf. bis	1,50 M.
Bürsten-Taschen aus Tuch und leinenen Stoffen	Stück	8 bis 75	Pf.

Tändelschürzen.

gemustert, Mull, mit kariertem Battist besetzt	Stück	28 bis 78	Pf.
Tändel-Schürzen, schwarz Mull mit bunt. Seidenstick	Stück	73 Pf. bis	1,98 Pf.
Tändel-Schürzen aus schw. Seide und schott. gestreift	Stück	1,15 bis	1,75 M.

Wäsche.

Damen-Hemden, Priesen-Form	Stück	95	Pf.
Damen-Hemden, Achselschluss	Stück	1,25	M.
Damen-Hemden mit handgestickter Passe	Stück	1,25	M.
Damen-Hemden mit Stickerei-Garnierung	Stück	1,75	M.
Damen-Nachtjacken aus Parchend und Satin	Stück	75	Pf.
Damen-Beinkleider aus Renforcé u. Parchend mit Stickerei	Stück	1,25	M.
Stickerei-Röcke, elegant	Stück	1,75	M.
Anstands-Röcke, Parchend mit Stickerei	Stück	1,95	M.

Tricotagen.

Herren-Normal-Hemden, Vigogne, 3 Grössen	Stück	63, 75, 95	Pf.
Herren-Normal-Hemden, 3 Grössen, Extra prima	Stück	1,35, 1,75, 2,25	M.
Normal-Beinkleider	Stück	75, 95 Pf.	1,10 M.
Herren-Beinkleider, Extra prima, mit Ueberschlag	Stück	1,35, 1,75, 2,25	M.
Damen-Beinkleider, Normalfarbe	Stück	1,95, 2,25, 2,50	M.
Damen-Unterröcke, gestrickt	Stück	75, 95 Pf.	1,75 M.
Herren-Socken, gestrickt	Paar	18, 23, 35	Pf.
Herren-Socken, prima Wolle	Paar	45, 65, 75	Pf.

Teppiche und Gardinen.

Teppiche für Sopha, Axminster	Stück	4,50, 7,50	M.
Teppiche für Salon, Axminster	Stück	11,00, 13,50	M.
Bett-Vorleger, Axminster	Stück	75, 95, 1,25	M.
Gardinen engl. Tüll, v. beiden Seiten Band eingefasst	Mtr.	25, 35, 45	Pf.
Gardinen, abgepasst, engl. Tüll	Fenster	1,25, 1,95, 2,50	M.
Fries zu Fenster-Vorhängen, 130 cm breit	Mtr.	1,65	M.
Tischdecken in Fantasie und Plüsch	Stück	1,25 bis 8,00	M.

Baumwoll-Waren.

Bett-Satin, schwere, gute Qualität, Streifenmuster, Kissenbreite	Mtr.	45	Pf.
Bett-Satin,	Deckbettbreite	70	Pf.
Bett-Köper, Inlett, federdicht, glattrot u. rot-rosa, Kissenbreite	60	Pf.	
Bett-Köper,	Deckbettbreite	100	Pf.
Linon, weiss, leinenartiges Gewebe	Kissenbreite	35	Pf.
Linon,	Deckbettbreite	55	Pf.
Lakenleinen ohne Naht	60	Pf.	

Taschentücher.

Linon-Tücher in elegantem Karton	a 1/2 Dtz.	65	Pf.
Engl. Battist, weiss, mit Hohlsaum	a 1	1,65	M.
Engl. Battist mit wundervollen Punkten	a 1	2,00	M.
Weiss Reinleinen, gesümt	a 1	2,40	M.

Korsett-Schoner	Stück	10, 18, 27	Pf.
Unter-Tailen für Damen mit angewebt. Futter	Stück	95 Pf., 1,10, 1,25	M.
Sweaters für Knaben	Stück	65 Pf., 95 Pf., 1,45	M.
Sweaters für Herren	Stück	1,75, 2,35, 2,75	M.
Tailen- und Umschlage-Tücher Angora- und Lama-Wolle	Stück	1,50, 1,95, 2,75	M.
Kopf-Tücher aus Eiswolle	Stück	53 Pf., 75 Pf., 1,50	M.

Handschuhe.

Damen-Handschuhe, bunt Ringwood	Paar	32	Pf.
Damen-Tricot-Handschuhe	Paar	28	Pf.
Damen-Tricot-Handschuhe mit Wildleder	Paar	45	Pf.
Herren-Krimmer-Handschuhe mit Leder	Paar	83	Pf.
Herren-Krimmer-Handschuhe m. Leder u. Druckknopf	Paar	1,25	M.

Pelzwaren werden, soweit der Vorrat reicht, bedeutend unter Einkauf abgegeben.